

Der Deutsche Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 25

Duisburg, den 23. Juni 1928

29. Jahrgang

Ein Kapitel zum Arbeiteraufstieg

Zur Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefes der Stadt Duisburg an unseren 1. Verbandsvorsitzenden

Am 31. Mai überreichte die Stadtverwaltung Duisburgs, vertreten durch Oberbürgermeister Dr. Jarres und Bürgermeister Dr. Maiweg sowie führende Herren der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung unserem 1. Verbandsvorsitzenden, Kollegen Franz Wieber, den Ehrenbürgerbrief der Stadt Duisburg. Gemeinsam mit dem bekannten auch sozial hervorragend tätigen Duisburger Industriellen Weber hatte am 15. März die Stadt Duisburg unseren Kollegen Wieber zum Ehrenbürger ernannt. Die Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefes erfolgte dem Wunsche und der Art unseres Kollegen Wieber entsprechend in aller Stille, lediglich die Mitarbeiter unserer Hauptgeschäftsstelle waren dabei zugegen.

Trotzdem erachten wir es der großen Bedeutung dieser Tatsache wegen für angemessen, in unserem Verbandsorgan zu dieser hervor-

ragenden Ehrung unseres Verbandsvorsitzenden ein paar Worte zu sagen.

In der Geschichte Deutschlands ist es das erste Mal, daß einem Arbeiter die Ehrenbürgerschaft verliehen wurde. Sie ist die höchste Ehrung, die die Bürgerschaft einer Stadt einem Mitbürger überhaupt zu geben in der Lage ist. Deshalb begreift man auch die überaus große Sparsamkeit, mit der die deutschen Städte an die Verleihung dieses Titels herangehen und andererseits den Seltenheitswert dieser Auszeichnung.

Mit um so größerem und berechtigterem Stolge darf uns als Kollegen des Christlichen Metallarbeiterverbandes der Gedanke erfüllen, daß gerade unserem alten, im Sturme weiß gewordenen Führer als erstem deutschen Arbeiter eine solche Ehre zuteil wurde.



1. Reihe von rechts nach links: 2. Verbandsvorsitzender Schmitz; Stadtverordneter Justizrat Feldhaus (Centr.); Oberbürgermeister Dr. Jarres; 1. Verbandsvorsitzender Franz Wieber; Bürgermeister Dr. Maiweg; Verbandsredakteur Georg Wieber. 2. Reihe von rechts nach links: Verbandssekretäre Mauer, Föcher; Verlagsdirektor Herzog; Bezirksleiter Burgartz; Verbandssekretäre Duden, Speer. 3. Reihe von rechts nach links: Verbandssekretär Pelster; Stadtverordneter Behrend (SPD.); Graf, Leiter der Verwaltungsstelle Duisburg; Jugendsekretär Proddahl; Verbandssekretär Brüggemann.

Diese Auszeichnung gilt in erster Linie der schaffensfrohen Persönlichkeit unseres Kollegen Wieber, „dem Pflichtmenschen und dem ganzen Kerl, dem Charakter und dem Mann der Treue“, — wie Oberbürgermeister Dr. Jarres in feiner und umfassender Form das Wesen unseres Verbandsvorsitzenden zeichnete — aber geehrt in dieser Auszeichnung wurde auch die christliche Gewerkschaftsbewegung und besonders natürlich unser Christlicher Metallarbeiterverband. Es mag zur Charakterisierung der Sachlage beitragen, daß bei der Beschlussfassung zur Verleihung der Ehrenbürgerschaft Einstimmigkeit bestand von den Deutschenationalen bis zu den Sozialisten einschließlich — eine seltene aber desto bessere Koalition, die man sich vor allem für die Geschichte des deutschen Volkes häufiger wünschen möchte.

Es sind etwas über 20 Jahre, als unser Kollege Wieber nach heißem Ringen gegen den Druck des damaligen Dreiklassensystems als erster Arbeiter in das Duisburger Stadtparlament „einzog“. Ueber ein halbes Menschenalter hat Kollege Wieber in seiner bekannten Pflichterfüllung seines Amtes obgewaltet. Ein Arbeiter im Stadtparlament! Damals! Es war die gleiche Zeit, wo die Arbeiterschaft um ihre primitivsten Rechte kämpfen mußte, wo „man“ sie mit hochgehobenen Wahlzetteln an die Wahlurne führte und der Staatsanwalt im berühmten Hilger-Krämer-Prozeß im Saargebiet ausführen konnte: Eine Beobachtung der Arbeiter bei der Wahl könne nicht als unzulässige Handlung angesehen und den Industriellen es nicht verwehrt werden, sich über die politische Gesinnung ihrer Leute zu orientieren. Der Arbeiter war nur der „Fabriker“, den gleichberechtigt in die vollkommene Gemeinschaft einzuordnen man sich mit allen Mitteln sträubte. Wirtschaftlich lediglich der Träger der Arbeitskraft ohne viel Schutz und ohne das mindeste Recht im Betrieb, sozial ein zweit- und drittrangiges Wesen und gesellschaftlich an den Rand des Ansehens und der Achtung gedrängt. Das war der Arbeiter in den weitaus meisten Fällen noch vor zwanzig Jahren.

Was hat doch in dieser Zeit die organisierte gewerkschaftliche Selbsthilfe aus dem Arbeiter und dem Arbeiterstand gemacht! Die Gewerkschaft hat die Arbeiterschaft diszipliniertes, opferfreudiger, aufstiegsfroher gemacht, hat aus dem Druck schwerer Tage den Willen nach vorwärts geformt. Und heute steht die Arbeiterschaft — trotz mancher noch vorhandener Schwierigkeiten — wie in einem neuen Licht. Politisch hat sie sich die Einordnung erkämpft, wirtschaftlich bedeutende Mitbestimmungsrechte errungen, sozial ist sie nach wesentlichen Seiten besser gestellt und gesellschaftlich hat sie sich in bedeutendem Maße einen Fonds von Achtung erarbeitet. An dieser Gesamthebung der

Arbeiterlage hat unser Kollege Wieber ganz hervorragenden Anteil.

Das alles ist der Arbeiterschaft nicht in den Schoß gefallen, besonders die Achtung nicht. Darum ist heiß gekämpft worden, denn dabei ging es um mehr als lediglich um ein äußeres Recht, es ging um innere Mächte, um ein Wollen, um Entwickeln geistiger Kräfte, um Können, um Selbststolz, um Persönlichkeit.

Die Erfolge darin mußten alle Gesellschaftsschichten anerkennen. Sie anerkannten sie auf staats- und kommunalpolitischem Gebiet, wo sich Arbeiterkollegen auf höchste Führerstellen einarbeiteten, auf gesellschaftlichem Gebiet auch durch Verleihungen z. B. des „Dr. ehrenhalber“; und jetzt kommt die Stadt Duisburg und proklamiert als erste einen Arbeiter zum Ehrenbürger.

Man darf solche Angelegenheiten nicht etwa nur vom materiellen Gesichtspunkt aus betrachten wollen. Wäre die Arbeiterbewegung nur eine Lohnbewegungsmaschine, könnte man den Wert solcher Auszeichnungen bezweifeln; aber die christliche Arbeiterbewegung ist darüber hinaus eine Kulturbewegung, deren Wollen tiefstens eingestellt ist auf eine gleichgeachtete Einordnung der arbeitenden Schicht in das Gesellschaftsganze, auf den Kampf um innere Gleichberechtigung. Und von hier aus gesehen, steigt eine solche Auszeichnung ins Symbolhafte. Sie kennzeichnet Weg und Tat der Arbeiterschaft und Wandlung der Zustände.

Es mag als ein besonderes Zeichen gelten, daß die Stadt Duisburg, die Stadt der Arbeit, tausendfältiger Kräfte in Industrie, Handel und Schifffahrt, die Stadt, wo unser Christlicher Metallarbeiterverband gegründet wurde und wo Kollege Wieber schon 1886 den Achtstundentag für die Schwerstarbeiter forderte, eine Stadt also, in der industrielle und soziale Fäden schicksalhaft ineinander verflochten sind, dem Kommunalpolitiker und christlichen Arbeiterführer Franz Wieber den Lorbeer ihrer höchsten Ehrung überreichte.

Eine solche Tat ehrt die Stadt Duisburg und in erster Linie ihren verantwortlichen Leiter Oberbürgermeister Dr. Jarres, denen der gesamte Christliche Metallarbeiterverband an dieser Stelle nochmals ein Wort des Dankes in Herzlichkeit und gewohnter Aufrichtigkeit aussprechen möchte.

Wir vom Christlichen Metallarbeiterverband — und gewiß vor allem die Alten — haben uns sehr gefreut ob dieser Ehrung unseres Verbandsvorsitzenden. Wie mit ihm unser Verband geehrt wurde, so soll diese neuerliche Anerkennung ein weiterer Ansporn sein, unserem Christlichen Metallarbeiterverband die Geltung im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben Deutschlands zu verschaffen, die ihm gebührt. G. W.

Um neue Wirtschaftsformen und Wirtschaftsdemokratie

Die freie Konkurrenz, die dem Wirtschaftsleben des 19. Jahrhunderts das entscheidende Mal aufprägte, muß in einem immer größerem Maße der gebundenen Wirtschaft weichen. Unsere kapitalistische Wirtschaftsverfassung ermöglicht und begünstigt in steigendem Umfang das Entstehen von Monopolgebilden. Man denke nur an die Riesenkonzentrationen der Kräfte von Eisen, Kohle, Kali, in der Chemie; man denke an die 3000 Kartelle und kartellähnliche Verbindungen, die wir in Deutschland haben. Die Periode des individualistischen Kapitalismus, die Zeit des auf seine Unabhängigkeit pochenden Unternehmers geht ihrem Ende entgegen und es folgt die Periode des verständigungs-bereiten Kartellmitgliedes. Ohne Zweifel hat Karl Marx, der große Sozialist, klar gesehen in der Steigerung der Konzentration der Betriebe und der Uebermacht des Sachkapitals, aber er irrte in der Schlussfolgerung, nämlich in der These, daß mit der Konzentration eine riesige Steigerung der Krisen verbunden sei mit stets größer werdendem Elend des Proletariats. Nicht zuletzt darauf baut sich ein großer Teil der marxistischen Anschauung auf. Statt dessen sehen wir, daß an die Stelle der krisenerzeugenden Konkurrenz die Verständigung der Unternehmer in Kartellen zu treten sucht.

Diese Entwicklung deutet schon darauf hin, daß zwar wirtschaftliche Momente mit ausschlaggebend waren, um dieses Zeitalter heranzuführen, aber sicher noch mehr eine einschneidende Wandlung der Geister. Wir erinnern daran, daß schon 1897 August Thyssen, neben Alfred Krupp der Heros

der deutschen Industrie und in Wirklichkeit ein Wirtschaftskapitän, den Gedanken einer Zusammenlegung der rheinisch-westfälischen Montankonzerne propagierte — damals scheiterte sein Plan am Widerstande Kirdorfs — heute ist seine Idee in den Vereinigten Stahlwerken zu einem bedeutenden Teil Tatsache geworden.

Jedoch auch diese neue Wirtschaftsverfassung, wenn man sie so bezeichnen soll, trägt vorläufig noch den Stempel des Unreifen, des Stümperhaften; außerordentlich viel vom Geist der individualistischen Wirtschaftsauffassung ist in die neue Bildung mitübernommen worden, soviel, daß man z. B. von einer Uenderung der sozialen Einstellung überhaupt noch nicht reden kann. Wir fühlen, daß im Schutz der Monopole ein Schmarogertum sich breit macht, dessen einzige Existenzberechtigung lediglich preistreibende Momente zu sein scheinen. Man begegnet bei den Monopolgebilden einem übertriebenen Bürokratismus, Kostspieligkeit der Verwaltung, übergroßen Gehältern und Lantienmen auf der einen und verjährtem starken Lohndruck auf der anderen Seite. Vertenernde Handelseinrichtungen sind unnütz eingeschoben — man denke nur an den Weg des Staubsaugers, der drei, vier Handelsstationen des gleichen Konzerns jedesmal mit einem neuen Preisausschlag durchläuft, bis er beim privaten Großhandel landet.

Wir stehen vielfach vor den Tatsachen, daß diese Organisationen, die einen großen Teil des volkswirtschaftlichen Kapitals ausmachen, ihren Verpflichtungen gegenüber der Gesamtwirtschaft nicht nachkommen. Es wäre eigentlich Aufgabe des Staates, diese

Organisationen zu ihren gesamtwirtschaftlichen Aufgaben zu erziehen und vor allem der Ausbentung schwächerer Wirtschaftssubjekte Einhalt zu gebieten. Ob und wie weit die Kräfte des Staates dazu reichen, haben wir in Deutschland noch wenig erst erprobt. Es wird doch wohl keiner im Enste annehmen wollen, daß etwa die Kartellgesetzgebung, oder die staatliche Preisregulierung von Kohle und Kali und in gewissem Sinne auch von Eisen als wirtschaftspolitische Aufgabenerfüllung des Staates angesehen werden könnten, wo im gleichen Zeitraum die Preise aller anderen Produkte sich zu riesigen Wellenbergen auswachsen.

Das ist auch ein Beweis dafür, daß der Staat eben nicht omnipotent, nicht allmächtig ist, sondern daß sich den Anregungen und Befehlen, die er gibt, andere Kräfte gewissermaßen als Regulativorgane an die Seite stellen müssen. Man denke an die Forderung der Gewerkschaften hinsichtlich der *Mitkontrolle* der Kartelle.

Das unausgesprochene Ziel der monopolistischen, kartellähnlichen Verbindungen ist die Preisgestaltung durch eine bestimmte Verknappung der Produktion und eine Kontingentierung des Angebots. Wie erleben eigentlich heute eine gewisse äußere *Neuanflage* der mittelalterlichen *Zunftwirtschaft*, nur in viel gewaltigerem Umfang und von einem ganz anderen Geiste getragen. Damals herrschte innerhalb der städtischen Produzenten der einzelnen Zünfte, der Schlosser, Schmiede, Metzger, Weber usw. eine bestimmte Reglementierung von Erzeugen und Absetzen unter dem Grundsatz der „gesicherten Nahrung“; der Einzelne gab ein Stück Selbstständigkeit auf, um von der Zunft eine erhöhte Existenzsicherheit (Ausschaltung von Krisen) zurückzuerhalten. Heute sucht man nach einem Jahrhundert industrieller Freiwirtschaft in ähnliche Bahnen einzulaufer, worin sich große Teile der mittelalterlichen Wirtschaft bewegten. Nur ist alles entsprechend dem Umfang der Wirtschaft vergrößert. Damals war Produktions- und Konsumtionskreis im wesentlichen die Stadt, heute ist es die Welt; deshalb erstrecken sich auch die Kartelle über einzelne Länder hinweg über die ganze Welt. Erinnert sei an den Kupfertrust, Zinktrust, Zündholztrust, internationales Roheisenkartell usw.

Angeichts solcher Machtkomplexe redet man heute verschiedentlich von „gefesseltem Kapitalismus“, ein Wort, das ohne Zweifel mißverstanden werden kann. Diese Selbstfesselung bedeutet nur eine erhöhte Stärke des Kapitalismus.

Mitten in diesen gewaltigen Bildungen und marktmäßig damit verbunden steht die gewerkschaftliche Organisation, als das „soziale Schutzgehäuse“ der Lohnarbeiterschaft. In der deutschen gewerkschaftlichen Organisation treffen sich zwei verschiedene Kraftlinien: das genossenschaftliche Wollen als ethischer Solidaritätsausdruck d. h. die Gewerkschaft, vor allem die christliche Gewerkschaft will durch Zusammenschließung lohnarbeiterlicher Kräfte als Kulturträger wirken, sie will den Gedanken der Arbeit versittlichen, will die Arbeiterschaft gleichgeachtet machen, will aus Massensein ein Standesbewußtsein formen. Das ist der Gewerkschaft tiefster Sinn. Aber um dieses Ziel zu erreichen, ist eine zweite Linie zu beschreiten notwendig, nämlich die der Marktmitbeherrschung und des Lohnschutzes. Der Markt, auf dem die Gewerkschaften heute noch vornehmlich ihre Kraft entfalten, ist der Arbeitsmarkt. Die Gewerkschaftspolitik stellt mit Recht die lebendige Arbeitskraft als ein wichtigst zu schützendes volkswirtschaftliches Gut dar, deren Substanz nicht angegriffen werden darf. Wenn schon eine Unterkapitalisation für ein Volk nur schwer zu tragen ist, (man denke an die Inflationszeit) so ist eine Unterkonsumtion noch gefährlicher, weil sie am wichtigsten Produktivkapital, nämlich an der Arbeitskraft, zehrt. Von hier aus gingen die Gewerkschaften, als sie gegen den Kapitalismus als der wirtschaftlichen Maßlosigkeit ankämpften. Und sie haben die Maßlosigkeit eingeengt. Die Sozialversicherung ist nichts anderes als eine Beschränkung des Raubbaus an der Arbeitskraft und jede Lohnerhöhung ist eine Beschränkung der einseitigen Ertragsverteilung, die der Kapitalismus zu seinen Gunsten vornehmen möchte.

So stehen sich denn wie Giganten die beiden Herrschertypen gegenüber: die Besitzer der Produktionsmittel, kartellmäßig zusammengefaßt und kühn durch ihre Milliarden-

werte, und auf der anderen Seite die Beherrscher der Arbeitskräfte, die gewerkschaftliche Organisation, die jedoch zu einer kartellartigen Auswirkung der Beherrschung der Arbeitskräfte vorläufig insgesamt noch nicht vorstoßen konnte.

Diese beiden Kräftefaktoren stehen in einem starken Gegensatz zueinander. Luft schrieb in der vorigen Nr. unseres Organes von einem gewissen notwendigen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Diese Grundsätze lassen sich niemals ganz beseitigen. Jedoch gibt es über diese Gegensätzlichkeiten hinaus noch viel mehr verbindende Momente. Aber diese werden leider im Tageskampfe übersehen.

Es muß doch zum Nachdenken anregen, daß man aus Vereinheitlichungs- und Nationalisierungsmaßnahmen zwar zu großen neuen wirtschaftlichen Formen vorschreitet, daß man sich jedoch sehr wenig Mühe gibt, um die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit um die Bewertung der Arbeitskraft zu vereinfachen und nach Möglichkeit zu verkleinern.

Es ist noch nicht damit getan, daß die Arbeiterschaft sich durch die Gewerkschaften etwa ein Betriebsrätegesetz, ein Schlichtungswesen oder den Tarifvertrag „erzwingen“ hat. Die Arbeiterschaft fühlt es deutlich, daß neben der gewaltigen industriellen Umformung der Technik, der Wirtschaftsform und des Wirtschaftsdenkens der soziale Wirtschaftsgeist, der auf ein gleichberechtigtes Zusammenwirken mit der Arbeiterschaft bzw. der Gewerkschaft hinzielt, sehr kurz gekommen ist. Seit 1923 scheint der Gedanke eines notwendigen Zusammenarbeitens zwischen Kapital und Arbeit bei uns in Deutschland erstorben zu sein. Anklagen zu erheben, hat weniger Sinn, als nach Feststellung der Tatsache auf Abstellung des gegenwärtigen Zustandes zu sinnen.

England sollte auch hierbei als Beispiel dienen. Nach dem ungeheuren, mit riesigen volkswirtschaftlichen Verlusten verbundenen Kohlenstreik lud vor einiger Zeit der Chemiegewaltige Sir Alfred Mond eine Anzahl Industrieller und Gewerkschaftler zu einer Besprechung ein. Sir Mond trat dabei ein für eine gemeinsam organisierte Rationalisierungsarbeit, die den dadurch freiverdenden Arbeitskräften durch Entschädigung einen Ausgleich geben sollte, für gemeinsame Untersuchungen über die Arbeitsverhältnisse, Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter, Wohnungsverhältnisse, für Schiedsgerichte, die die Konflikte möglichst austräumen sollten, für einen permanenten Beratungsausschuß, für Gewinnbeteiligung der Arbeiter, Klärung der Fragen der Ermüdung bei der Arbeit usw. Die englische Industrie scheint als erste der europäischen Industrien das Fingerzipengefühl dafür zu haben, daß die Anpassung der Produktionsverfassung an die sich ändernde Sozialverfassung eine Lebensfrage der Industrie überhaupt ist. Die englische Industrie sieht, daß das Arbeiter- und Gewerkschaftsproblem aus dem hauptsächlich sozialversicherungs-mäßigen Denken längst zu einem berechtigten Wollen nach Mitwirkung in der Wirtschaft aufgestiegen ist, oder wie der von Brauer geprägte Ausdruck heißt: Die Gewerkschaft ist ein Organ der Volkswirtschaft geworden.

Man braucht nun nicht alles als der Weisheit letzten Schluß hinzunehmen, was Sir Alfred Mond sagte, manches, wie z. B. die Gewinnbeteiligung kann ein zweischneidiges Schwert sein, man kann auch der Ansicht sein, daß grundlegend für Sir Mond's Anregungen die Steigerung der Rentabilität der englischen Industrie war, um dennoch sagen zu müssen, daß alle diese Erscheinungen darauf deuten daß England sich auf dem Wege einer Neuorganisation befindet, welche der früheren Wirtschaftsverfassung gegenüber eine stärkere gemeinsame Anspannung von Unternehmer und Arbeiterkräften vorsieht. Interessant dabei war die Beobachtung, daß die englischen Montanindustriellen den Vorschlägen Mond's, zu denen sich die Chemie, Elektrizität, Kunstseide, Petroleumindustrie bekannten, kühl gegenüber stehen. Eine Parallele nach Deutschland hin scheint zu bestätigen, daß überall wohl die Montanherrn das soziale Bleigewicht darstellen.

Bei der Umlagerung der wirtschaftlichen Kräfte in Deutschland wird auch hier die ausschlaggebende Frage lauten: Wie steigern wir die produktiven Kräfte des Volkes, aber unter Mitwirkung aller produktiv-tätigen Volksteile? Auch in Deutschland dürfte man

sich allmählich darüber klar werden, daß das einseitige System der Wirtschaftsverfassung, das noch aus der Geistesliste des Manchesterstums stammt, endlich zu den Akten gelegt werden müßte. Notwendig dabei ist zweierlei: Eine Vertiefung der Mitarbeit der Arbeiterschaft bzw. der Gewerkschaft in Wirtschaft und Betrieb, vor allem aber sind die menschlichen Beziehungen zwischen Führung und Ausführung sozialer zu gestalten. Darüber hinaus ist dem Gedanken der Demokratie im Wirtschaftsleben ein viel größerer Spielraum zu gewähren. Das heißt nicht Aufgeben der Autorität, sondern das heißt Verlagerung des Schwergewichtes der Autorität von äußerlicher Anwendung auf innere Kräfte. Darin ruht das Geheimnis der englischen Staatspolitik im Gegen-

satz zu manchem, was wir in Deutschland erleben mußten. Was für die Staatspolitik gilt, hat auch ein gewisses Maß Berechtigung für die Industriepolitik.

Wir scheinen aber wieder in Deutschland, wie schon so oft, die Neugliederung der Wirtschaftskräfte nur von außen, von der Kapitalzusammenfügung oder von der Nationalisierung im Betriebe aus anzusehen, ohne dabei zu bedenken, daß eine innere Angleichung und ein gemeinsames Schaffen von Kapital und Arbeit mindestens so wichtig sind, wie das erste. Aber auch eine Wirtschaftsdemokratie lediglich als Form, oder gar als sozialistische Kraftmeierei könnte nicht zum Ziele führen, wenn nicht der Inhalt der Gleichberechtigung und der Gleichachtung voreinander bestimmend wäre.

G. W.

Vorwärts in der Jugend-Verbeaktion

In einer Anzahl von Bezirken, Verwaltungen, Orts- und Jugendgruppen fand die Anregung, eine Jugendverbeaktion einzuleiten und durchzuführen freudigen Widerhall. Es wurden nicht nur die den Verwaltungen zur Verfügung stehenden Aufnahmescheine und Jugendverbeschriften bestellt und verteilt, sondern auch Erfolge erzielt. Wir sind nunmehr in der Lage das vorläufige Ergebnis bekanntzugeben. Auf den ersten Ansturm wurden 741 neue junge Mitglieder gewonnen. Fürwahr, eine Zahl, die uns mit Genugtuung erfüllen muß und uns verpflichtet den uneigennützig und erfolgreich verbenden Kollegen warm zu danken.

Gleichzeitig soll das vorläufige Ergebnis anspornen in jeder Verwaltung, Orts- und Jugend-Gruppe mit der Jugendverbeaktion erst recht fortzufahren und unsere Werbekraftentfaltung zu steigern, um mehr noch zu erringen.

Wir wollen die falschorientierte oder unorganisierte Metallarbeiterjugend gewerkschaftlich erfassen mit freundschaftlicher Wärme, mit unserer geistigen und sittlichen Kraft, aus der Stärke und Reife unserer Seele, aus dem Diktat unseres Herzens „Auf der Stirn des Kampfes schweiß, so gewinnen wir den Preis.“

Pro.

Ein amerikanisch-englisches Rohstahlfartell?

Die Einzelheiten des Planes der amerikanischen Stahlindustrie, ein Gegengewicht gegen die europäische Rohstahlgemeinschaft zu schaffen, werden nach und nach bekannt. Das erste Glied in dieser Kette war die Gründung der Anglo-amerikanischen Finanzgesellschaft, die bekanntlich letzthin unter Führung des englischen Großindustriellen Sir Alfred Mond erfolgte. Nach diesem Auftakt wird nun aus England berichtet, daß dort die Verhandlungen Fortschritte machen, die bedeutendsten Stahlwerke zusammenschließen. „Financial News“ weiß soeben zu melden, daß vor-

ausichtlich vier Kartelle der Eisenindustrie in England gebildet werden, die sich geographisch folgendermaßen verteilen: Nordostküste, Schottland, Süd-Wales und Midlands. Durch diese Kartellbildung soll zunächst erreicht werden, daß die zur Zeit üblichen Rohstahllieferungen von einem Distrikt zum anderen aufhören, wodurch an den verlustbringenden hohen Eisenbahnfrachten gespart werden könnte. Gleichzeitig sollen die kartellmäßigen Bindungen die Errichtung einer einzelnen englischen Eisen- und Stahlgesellschaft für ganz England wahrscheinlich vorbereiten helfen. Die Hinausschiebung einer derartigen Riesenfusion wird damit erklärt, daß die finanziellen Schwierigkeiten augenblicklich noch zu groß sind.

Es ist nun äußerst interessant, die englischen Richtlinien, nach denen eine Fusion eingeleitet werden soll, mit den Ausführungen des amerikanischen Eisenkönigs Mr. Schwab von dem „American Steel Institute“ zu vergleichen. Am 26. Mai d. J.



Röös

Deutsches Land

Weiter hat Mr. Schwab diese Forderung mit den gleichen Plänen begründet, die jetzt in England anscheinend vor der Ausführung stehen. Der amerikanische Großindustrielle richte geltend, daß im Interesse einer Gewinnsteigerung der amerikanischen Stahlindustrie das Geschäft eine distriktweise Regelung in den U. S. A. erfahren müsse, um unnötige Versandkosten zu vermeiden. Es sei einer der Hauptfehler der amerikanischen Industrie gewesen, daß die einzelnen Unternehmungen unter allen Umständen eine volle Beschäftigung ihrer Betriebe sehen wollten. Häufig seien aus dem letzteren Grunde zu den niedrigsten Preisen, teils sogar zu Verlustpreisen Aufträge aus den ferneren Distrikten hereingenommen worden, wodurch die gesamte Industrie durch allgemein rückläufige Notierungen Schaden erlitten habe. Es gelte diese unhaltbaren Zustände in Zukunft ein für allemal zu beseitigen,

und zwar nicht nur im Interesse der Schwerindustrie selbst, sondern auch mit Rücksicht auf die Aktionäre der Unternehmungen dieses Industriezweiges. Zur Zeit seien in der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie für 5 Milliarden Dollar investiert, etwa 1,5 Milliarden Dollar seien in den letzten 15 Jahren für Betriebs-erweiterungen aufgenommen worden. Trotzdem sei der Gesamt-ertrag heute nicht höher als zu dem Zeitpunkt wo die Gesamt-investitionen erst 3,5 Milliarden Dollar betragen haben. Die Rendite der Montan-Aktien betrage augenblicklich durchschnittlich nur 5 Prozent oder eine Kleinigkeit mehr als der amerikanische Sparer auf Bankdepositen erhalte.

Falls die betreffenden unwirtschaftlichen Gesetze nicht in Kürze beseitigt würden, sei es notwendig eine gesteigerte Konkurrenzfähigkeit durch einen *Lohabbau* zu erzielen. Schon daraus gehe hervor, daß kartellmäßige Abmachungen notwendig seien. Nach wie vor müsse natürlich das Publikum gegen Ueber-verteuerung durch eventuelle Kartelle geschützt werden. Ein Mit-telweg müsse gefunden werden, etwa durch die *Beaufsichtigung* der Industrie bzw. ihrer Preispolitik durch den

Staat. Er schlage deshalb vor, daß vom Steel Insti-tute ein Komitee gebildet werde, welches sich aus Ex-portsachleuten zusammensetze, um das Problem der Abänderung der in Frage kommenden Gesetze näher zu prüfen. Dieses Komitee solle einen genauen Plan (nach ausländischen Erfahrungen) der amerikanischen Regierung übermitteln, damit diese zu den Vor-schlägen Stellung nehmen könne.

Hiermit endigen die Ausführungen Mr. Schwab's. Die Forderungen stellen mit den obigen englischen Meldungen wesent-liche Ergänzungen des großzügigen amerikanischen Planes dar, die Konkurrenz der europäischen Rohstahlgemeinschaft zunächst in den U. S. A. und England unwirksam zu machen. Ist somit die Zusammenarbeit zwischen der amerikanischen und englischen Schwerindustrie nur noch eine Frage der Zeit, so wird man sich nicht darüber hinwegtäuschen dürfen, daß erst nach dem Zu-standekommen des zu erwartenden englisch-amerikanischen Stahl-kartells, das eigentliche Eisen- und Stahl-Exportproblem aktuell wird. Möglicherweise wird man sich zwischen den dann vorhan-denen zwei Eisen- und Stahlgruppen der Welt über die Aus-fuhrmärkte einigen, wofür leider im Augenblick die Aussichten noch sehr gering sind.

Schröder.

Heerschau des 2. Bezirks unseres Verbandes in Bonn

Am Sonntag, dem 3. Juni, hielt der 2. Bezirk in der rheini-schen Kunst- und Musikstadt Bonn seine diesjährige Frühjahrs-konferenz ab, die von rund 100 Delegierten besetzt war. Als Vertreter der Hauptleitung des Verbandes war der Verbands-redakteur Kollege Georg Wieber erschienen. Die Verbandsvor-sitzenden Kollege Franz Wieber und Kollege Karl Schmitz waren durch Krankheit verhindert, an der Konferenz teilzunehmen. Der Jahresbericht wurde vom Bezirksleiter, Kollegen Franz Schümmer, erstattet. Wir entnehmen demselben folgendes:

Das Jahr 1927 gilt für den Bereich des rheinischen Bezirks des Christlichen Metallarbeiterverbandes als Zeit des wirtschaft-lichen Ausgleichs des besetzten Gebietes mit dem übrigen Reichs-gebiet. Um für immer festzuhalten, wie gerade das Hauptaus-breitungsgebiet des Christlichen Metallarbeiterverbandes von der Krise, die in diesem Gebiet schon 1923 einsetzte, betroffen wurde, sei folgendes festgestellt:

Auf 100 offene Stellen kamen Arbeitsuchende:

	im Reich	in Preußen	im Rheinl.	in Westf.
im November 1923	1695	1823	3667	3442
im Oktober 1924	495	499	874	804
im November 1925	825	896	1552	2288
im Oktober 1926	541	581	938	955

Auf 1000 Einwohner entfielen Hauptunterstützungsempfänger:

	im Reich	in Preußen	im Rheinl.	in Westf.
im Dezember 1925	16,1	17,1	23,2	23,8
im November 1926	21,0	20,8	28,7	22,1

Am 15. Dezember 1927 entfielen auf das Reich auf 1000 Ein-wohner 13,1 und auf das besetzte Gebiet 13,8 Hauptunterstützungsempfänger.

Die Zahl der arbeitslosen Metallarbeiter erreichte nach Mit-teilungen der in Frage kommenden Arbeitsnachweisbezirke im Be-reich des rheinischen Bezirks den Höhepunkt im Juni 1926 mit 32 802. Die Zahl sank dann bis Dezember 1927 auf 12 795. Die Krise wirkte sich am schlimmsten aus im äußersten Westen des Reiches, im Regierungsbezirk Aachen.

Es wurden im engeren Aachener Bezirk von 18 500 beschäf-tigten Metallarbeitern in der Vorkriegszeit Ende 1927 nur noch 7800 beschäftigt. Schlimmer noch wirkten sich die Verhältnisse in der Eifel und im Trierer Bezirk aus. Daß diese Zustände auf die Mitgliederentwicklung sich ungünstig auswirken mußten, ist allzu verständlich.

Die Bewegungen des Jahres 1927 wurden diktiert von der einsetzenden besseren Konjunktur, von der Steigerung der Lebens-haltungskosten, von dem Bestreben der Arbeiter, zu einem annehm-baren Lohn zu kommen, und von dem am 14. April 1927 erlassenen Arbeitszeitnotgesetz.

Bei der Frage nach der Lohnerhöhung muß die Arbeiterschaft es ablehnen, daß ihr Einkommen sich nur richten soll nach einem Index, der von einem nackten Existenzminimum ausgeht. Alle übrigen Kreise bemessen ihr Einkommen nicht nach Index und Existenzminimum. Das Geschäfts- und Straßenge triebe der Groß-städte liefert dafür den besten Beweis. Die Bemessung des Lohnes nur nach Indexzahlen und Existenzminimum widerstrebt aber auch jedem gesunden volkswirtschaftlichen Empfinden. Die Gesunderhal-tung der Arbeitskraft ist bei so bemessenen Löhnen in Frage gestellt und eine Heranbildung des notwendigen Nachwuchses fast unmög-lich. Die Ursachen des Geburtenrückganges in Deutschland sind nicht nur zu suchen im sittlich-moralischen Tiefstand, sondern zum mindesten in Einkommensverhältnissen, die Ernähren und Erziehen in Frage stellen.

Im Januar 1928 betragen nach amtlicher Statistik die Kosten für Ernährung für eine fünfköpfige Familie 108,30 M. Der Hilfsarbeiterlohn stand auf durchschnittlich 62 Pfg. 208 Stunden im Monat mal 62 Pfg. = 128,96 M. Blieben also für alle übrigen Bedürfnisse noch 20,60 M.

Die Gesamtlebenshaltungskosten errechnen sich nach amtlicher Berechnung im Januar 1928 für die fünfköpfige Familie im Monat: Ernährung 108,30 M., Wohnung 33,24 M., Heizung 10,55 M., Bekleidung 21,78 M., Sonstiges 22,43 M.; insgesamt 196,30 M.

Also bei Anwendung dieser amtlichen Meßzahlen, die auf ein Existenzminimum, also für das unbedingt zur Lebenshaltung Not-wendige, erforderlich sind, und bei Zugrundelegung der durch-schnittlichen Tarifstundenlöhne fehlten dem Hilfsarbeiter im Ja-nuar 1928 67,34 M., dem Handwerker 38,22 M. monatlich.

All diese Erscheinungen bildeten den Hintergrund für die im Jahre 1927 stattgefundenen Bewegungen.

In sämtlichen Tarifgebieten des Bezirks wurden Lohnbewegun-gen und Bewegungen zur Verkürzung der Arbeitszeit mit Erfolg durchgeführt. Von 43 geführten Bewegungen zur Verkürzung der Arbeitszeit konnten 25 durch Vereinbarung erledigt werden. In den übrigen 18 Fällen mußten die Schlichtungsinstanzen ent-scheiden.

Der Sinn des Arbeitszeitnotgesetzes, der bestimmt auf die Verkürzung der Arbeitszeit eingestellt war, wurde auch von den Schlichtungsinstanzen vielfach verkannt. Da, wo die Arbeitszeit nicht direkt auf 48 Stunden in der Woche festgesetzt werden konnte, sollten die Stunden über 48 mit einem Zuschlag bezahlt werden, der im Gesetz selbst mit 25 Prozent als angemessen be-zeichnet wird. Ein Zuschlag in dieser Höhe war auch notwendig, um dem Unwesen der Nacharbeit Einhalt zu tun.

Die in allen Ortsverwaltungen und Tarifgebieten im Jahre 1927 durchgeführten Lohnbewegungen zeitigten folgendes Ergebnis:

sich allmählich darüber klar werden, daß das einseitige System der Wirtschaftsverfassung, das noch aus der Geistesliste des Manchesterismus stammt, endlich zu den Akten gelegt werden müßte. Notwendig dabei ist zweierlei: Eine Vertiefung der Mitarbeit der Arbeiterschaft bzw. der Gewerkschaft in Wirtschaft und Betrieb, vor allem aber sind die menschlichen Beziehungen zwischen Führung und Ausführung sozialer zu gestalten. Darüber hinaus ist dem Gedanken der Demokratie im Wirtschaftsleben ein viel größerer Spielraum zu gewähren. Das heißt nicht Aufgeben der Autorität, sondern das heißt Verlagerung des Schwergewichtes der Autorität von äußerlicher Anwendung auf innere Kräfte. Darin ruht das Geheimnis der englischen Staatspolitik im Gegen-

satz zu manchem, was wir in Deutschland erleben mußten. Was für die Staatspolitik gilt, hat auch ein gewisses Maß Berechtigung für die Industriepolitik.

Wir scheinen aber wieder in Deutschland, wie schon so oft, die Neugliederung der Wirtschaftskräfte nur von außen, von der Kapitalzusammenfügung oder von der Nationalisierung im Betriebe aus anzusehen, ohne dabei zu bedenken, daß eine innere Angleichung und ein gemeinsames Schaffen von Kapital und Arbeit mindestens so wichtig sind, wie das erste. Aber auch eine Wirtschaftsdemokratie lediglich als Form, oder gar als sozialistische Kraftmeierei könnte nicht zum Ziele führen, wenn nicht der Inhalt der Gleichberechtigung und der Gleichachtung voreinander bestimmend wäre.

G. W.

Vorwärts in der Jugend-Werbeaktion

In einer Anzahl von Bezirken, Verwaltungen, Orts- und Jugendgruppen fand die Anregung, eine Jugendwerbeaktion einzuleiten und durchzuführen freudigen Widerhall. Es wurden nicht nur die den Verwaltungen zur Verfügung stehenden Aufnahmescheine und Jugendwerbeschriften bestellt und verteilt, sondern auch Erfolge erzielt. Wir sind nunmehr in der Lage das vorläufige Ergebnis bekanntzugeben. Auf den ersten Ansturm wurden 741 neue junge Mitglieder gewonnen. Fürwahr, eine Zahl, die uns mit Genugtuung erfüllen muß und uns verpflichtet den uneigennützig und erfolgreich werbenden Kollegen warm zu danken.

Gleichzeitig soll das vorläufige Ergebnis anspornen in jeder Verwaltung, Orts- und Jugend-Gruppe mit der Jugendwerbearbeit erst recht fortzufahren und unsere Werbekraftentfaltung zu steigern, um mehr noch zu erringen.

Wir wollen die falschorientierte oder unorganisierte Metallarbeiterjugend gewerkschaftlich erfassen mit freundschaftlicher Wärme, mit unserer geistigen und sittlichen Kraft, aus der Stärke und Reife unserer Seele, aus dem Diktat unseres Herzens „Auf der Stirn des Kampfes schweiß, so gewinnen wir den Preis.“

Pro.

Ein amerikanisch-englisches Rohstahlfartell?

Die Einzelheiten des Planes der amerikanischen Stahlindustrie, ein Gegengewicht gegen die europäische Rohstahlgemeinschaft zu schaffen, werden nach und nach bekannt. Das erste Glied in dieser Kette war die Gründung der Anglo-amerikanischen Finanzgesellschaft, die bekanntlich letzthin unter Führung des englischen Großindustriellen Sir Alfred Mond erfolgte. Nach diesem Auftakt wird nun aus England berichtet, daß dort die Verhandlungen Fortschritte machen, die bedeutendsten Stahlwerke zusammenzuschließen. „Financial News“ weiß soeben zu melden, daß vor-

forderte nach dem „Journal of Commerce“ Mr. Schwab die Beseitigung einiger amerikanischer Gesetze, welche einer gesunden Entwicklung der amerikanischen Industrie zur Zeit besonders im Wege stehen. Nach dem erwähnten Blatt soll der amerikanische Industrielle hiermit die Antitrust-Gesetzgebung gemeint haben, denn die in den U. S. A. verbotene Kartellbildung verhindere eine Beseitigung der europäischen Eisen- und Stahl-Konkurrenz am amerikanischen Markt.

Weiter hat Mr. Schwab diese Forderung mit den gleichen Plänen begründet, die jetzt in England anscheinend vor der Ausführung stehen. Der amerikanische Großindustrielle richte geltend, daß im Interesse einer Gewinnsteigerung der amerikanischen Stahlindustrie das Geschäft eine distriktweise Regelung in den U. S. A. erfahren müsse, um unnötige Versandkosten zu vermeiden. Es sei einer der Hauptfehler der amerikanischen Industrie gewesen, daß die einzelnen Unternehmungen unter allen Umständen eine volle Beschäftigung ihrer Betriebe sehen wollten. Häufig seien aus dem letzteren Grunde zu den niedrigsten Preisen, teils sogar zu Verlustpreisen Aufträge aus den ferneren Distrikten hereingenommen worden, wodurch die gesamte Industrie durch allgemein rückläufige Notierungen Schaden erlitten habe. Es gelte diese unhaltbaren Zustände in Zukunft ein für allemal zu beseitigen,



Röös

Deutsches Land

Nordostküste, Schottland, Süd-Wales und Midlands. Durch diese Kartellbildung soll zunächst erreicht werden, daß die zur Zeit üblichen Rohstahllieferungen von einem Distrikt zum anderen aufhören, wodurch an den verlustbringenden hohen Eisenbahnstrachen gespart werden könnte. Gleichzeitig sollen die kartellmäßigen Bindungen die Errichtung einer einzelnen englischen Eisen- und Stahlgesellschaft für ganz England wahrscheinlich vorbereiten helfen. Die Hinanschiebung einer derartigen Riesenfusion wird damit erklärt, daß die finanziellen Schwierigkeiten augenblicklich noch zu groß sind.

Es ist nun äußerst interessant, die englischen Richtlinien, nach denen eine Fusion eingeleitet werden soll, mit den Ausführungen des amerikanischen Eisenkönigs Mr. Schwab von dem „American Steel Institute“ zu vergleichen. Am 26. Mai d. J.

und zwar nicht nur im Interesse der Schwerindustrie selbst, sondern auch mit Rücksicht auf die Aktionäre der Unternehmungen dieses Industriezweiges. Zur Zeit seien in der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie für 5 Milliarden Dollar investiert, etwa 1,5 Milliarden Dollar seien in den letzten 15 Jahren für Betriebs-erweiterungen aufgenommen worden. Trotzdem sei der Gesamt-ertrag heute nicht höher als zu dem Zeitpunkt wo die Gesamt-investitionen erst 3,5 Milliarden Dollar betragen haben. Die Rendite der Montan-Aktien betrage augenblicklich durchschnittlich nur 5 Prozent oder eine Kleinigkeit mehr als der amerikanische Sparer auf Bankdepositen erhalte.

Falls die betreffenden unwirtschaftlichen Gesetze nicht in Kürze beseitigt würden, sei es notwendig eine gesteigerte Konkurrenzfähigkeit durch einen *Lohabbau* zu erzielen. Schon daraus gehe hervor, daß kartellmäßige Abmachungen notwendig seien. Nach wie vor müsse natürlich das Publikum gegen Ueber-verteuerung durch eventuelle Kartelle geschützt werden. Ein Mit-telweg müsse gefunden werden, etwa durch die *Beaufsichtigung* der Industrie bzw. ihrer Preispolitik durch den

Staat. Er schlage deshalb vor, daß vom *Steel Institute* ein Komitee gebildet werde, welches sich aus Ex-portsachleuten zusammensetze, um das Problem der Abänderung der in Frage kommenden Gesetze näher zu prüfen. Dieses Komitee solle einen genauen Plan (nach ausländischen Erfahrungen) der amerikanischen Regierung übermitteln, damit diese zu den Vor-schlägen Stellung nehmen könne.

Hiermit endigen die Ausführungen Mr. Schwab's. Die Forderungen stellen mit den obigen englischen Meldungen wesent-liche Ergänzungen des großzügigen amerikanischen Planes dar, die Konkurrenz der europäischen Rohstahlgemeinschaft zunächst in den U. S. A. und England unwirksam zu machen. Ist somit die Zusammenarbeit zwischen der amerikanischen und englischen Schwerindustrie nur noch eine Frage der Zeit, so wird man sich nicht darüber hinwegtäuschen dürfen, daß erst nach dem Zu-standekommen des zu erwartenden englisch-amerikanischen Stahl-kartells, das eigentliche Eisen- und Stahl-Exportproblem aktuell wird. Möglicherweise wird man sich zwischen den dann vorhan-denen zwei Eisen- und Stahlgruppen der Welt über die Aus-fuhrmärkte einigen, wofür leider im Augenblick die Aussichten noch sehr gering sind. Schröder.

Heerschau des 2. Bezirks unseres Verbandes in Bonn

Am Sonntag, dem 3. Juni, hielt der 2. Bezirk in der rheini-schen Kunst- und Musikstadt Bonn seine diesjährige Frühjahrs-konferenz ab, die von rund 100 Delegierten besetzt war. Als Vertreter der Hauptleitung des Verbandes war der Verbands-redakteur Kollege Georg Wieber erschienen. Die Verbandsvor-sitzenden Kollege Franz Wieber und Kollege Karl Schmitz waren durch Krankheit verhindert, an der Konferenz teilzunehmen. Der Jahresbericht wurde vom Bezirksleiter, Kollegen Franz Schümmer, erstattet. Wir entnehmen demselben folgendes:

Das Jahr 1927 gilt für den Bereich des rheinischen Bezirks des Christlichen Metallarbeiterverbandes als Zeit des wirtschaft-lichen Ungleichs des besetzten Gebietes mit dem übrigen Reichs-gebiet. Um für immer festzuhalten, wie gerade das Hauptaus-breitungsgebiet des Christlichen Metallarbeiterverbandes von der Krise, die in diesem Gebiet schon 1923 einsetzte, betroffen wurde, sei folgendes festgestellt:

Auf 100 offene Stellen kamen Arbeitsuchende:

	im Reich	in Preußen	im Rheinl.	in Westf.
im November 1923	1695	1823	3667	3442
im Oktober 1924	495	499	874	804
im November 1925	825	896	1552	2288
im Oktober 1926	541	581	938	955

Auf 1000 Einwohner entfielen Hauptunterstützungsempfänger:

	im Reich	in Preußen	im Rheinl.	in Westf.
im Dezember 1925	16,1	17,1	23,2	23,8
im November 1926	21,0	20,8	28,7	22,1

Am 15. Dezember 1927 entfielen auf das Reich auf 1000 Ein-wohner 13,1 und auf das besetzte Gebiet 13,8 Hauptunterstützungsempfänger.

Die Zahl der arbeitslosen Metallarbeiter erreichte nach Mit-teilungen der in Frage kommenden Arbeitsnachweisbezirke im Be-reich des rheinischen Bezirks den Höhepunkt im Juni 1926 mit 32 802. Die Zahl sank dann bis Dezember 1927 auf 12 795. Die Krise wirkte sich am schlimmsten aus im äußersten Westen des Reiches, im Regierungsbezirk Aachen.

Es wurden im engeren Aachener Bezirk von 18 500 beschäf-tigten Metallarbeitern in der Vorkriegszeit Ende 1927 nur noch 7600 beschäftigt. Schlimmer noch wirkten sich die Verhältnisse in der Eifel und im Trierer Bezirk aus. Daß diese Zustände auf die Mitgliederentwicklung sich ungünstig auswirken mußten, ist allzu verständlich.

Die Bewegungen des Jahres 1927 wurden diktiert von der einsetzenden besseren Konjunktur, von der Steigerung der Lebens-haltungskosten, von dem Bestreben der Arbeiter, zu einem annehm-baren Lohn zu kommen, und von dem am 14. April 1927 erlassenen Arbeitszeitnotgesetz.

Bei der Frage nach der Lohnerhöhung muß die Arbeiterschaft es ablehnen, daß ihr Einkommen sich nur richten soll nach einem Index, der von einem nackten Existenzminimum ausgeht. Alle übrigen Kreise bemessen ihr Einkommen nicht nach Index und Existenzminimum. Das Geschäfts- und Straßenge triebe der Groß-städte liefert dafür den besten Beweis. Die Bemessung des Lohnes nur nach Indexzahlen und Existenzminimum widerstrebt aber auch jedem gesunden volkswirtschaftlichen Empfinden. Die Gesunderhal-tung der Arbeitskraft ist bei so bemessenen Löhnen in Frage gestellt und eine Heranbildung des notwendigen Nachwuchses fast unmög-lich. Die Ursachen des Geburtenrückganges in Deutschland sind nicht nur zu suchen im sittlich-moralischen Tiefstand, sondern zum mindesten in Einkommensverhältnissen, die Ernähren und Erziehen in Frage stellen.

Im Januar 1928 betragen nach amtlicher Statistik die Kosten für Ernährung für eine fünfköpfige Familie 108,30 M. Der Hilfsarbeiterlohn stand auf durchschnittlich 62 Pfg. 208 Stunden im Monat mal 62 Pfg. = 128,96 M. Blieben also für alle übrigen Bedürfnisse noch 20,60 M.

Die Gesamtlebenshaltungskosten errechnen sich nach amtlicher Berechnung im Januar 1928 für die fünfköpfige Familie im Monat: Ernährung 108,30 M., Wohnung 33,24 M., Heizung 10,55 M., Bekleidung 21,78 M., Sonstiges 22,43 M.; insgesamt 196,30 M.

Also bei Anwendung dieser amtlichen Meßzahlen, die auf ein Existenzminimum, also für das unbedingt zur Lebenshaltung Not-wendige, erforderlich sind, und bei Zugrundelegung der durch-schnittlichen Tarifstundenlöhne fehlten dem Hilfsarbeiter im Ja-nuar 1928 67,34 M., dem Handwerker 38,22 M. monatlich.

All diese Erscheinungen bildeten den Hintergrund für die im Jahre 1927 stattgefundenen Bewegungen.

In sämtlichen Tarifgebieten des Bezirks wurden Lohnbewegun-gen und Bewegungen zur Verkürzung der Arbeitszeit mit Erfolg durchgeführt. Von 43 geführten Bewegungen zur Verkürzung der Arbeitszeit konnten 25 durch Vereinbarung erledigt werden. In den übrigen 18 Fällen mußten die Schlichtungsinstanzen ent-scheiden.

Der Sinn des Arbeitszeitnotgesetzes, der bestimmt auf die Verkürzung der Arbeitszeit eingestellt war, wurde auch von den Schlichtungsinstanzen vielfach verkannt. Da, wo die Arbeitszeit nicht direkt auf 48 Stunden in der Woche festgesetzt werden konnte, sollten die Stunden über 48 mit einem Zuschlag bezahlt werden, der im Gesetz selbst mit 25 Prozent als angemessen be-zeichnet wird. Ein Zuschlag in dieser Höhe war auch notwendig, um dem Unwesen der Nacharbeit Einhalt zu tun.

Die in allen Ortsverwaltungen und Tarifgebieten im Jahre 1927 durchgeführten Lohnbewegungen zeitigten folgendes Ergebnis:

Im Bezirksdurchschnitt stiegen die Löhne				
der Facharbeiter	von 67 auf 76 Pfg.	= 9 Pfg.	= 13 %	
„ Angelernten	„ 60 „ 67 „	= 7 „	= 12 %	
„ Hilfsarbeiter	„ 54 „ 61 „	= 7 „	= 13 %	
„ Arbeiterinnen	„ 38 „ 43 „	= 7 „	= 19 %	

Die Bewegungen zur Verkürzung der Arbeitszeit brachten für 199 970 Beteiligte 438 300 Stunden Arbeitszeitverkürzung in der Woche.

Ganz besondere Beachtung verdient das Rechtsschutzwesen, was an Arbeit, Bedeutung und Erfolg zu wenig Beachtung findet. In 15 Rechtsschutzarten wurden 12 471 Auskünfte erteilt, 5 060 Schriftsätze angefertigt und 1 665 Termine durch persönliche Vertretung durch Beamten wahrgenommen. Der Barerfolg für die Rechtssuchenden betrug 128 923,38 Mark. Das ist gewerkschaftliche Tätigkeit, die viel Geist erfordert, viel Arbeit, aber auch viel Nutzen und Segen bringt.

Entsprechend des guten Geschäftsjahres 1927 und der in demselben geleisteten Arbeit und erzielten gewerkschaftlichen Erfolge war auch die Mitgliederentwicklung eine durchaus gute. 9000 neue Mitglieder konnten dem Verbandszugeführt werden. Der ganz bedeutend gesteigerte Verkauf von Beitragsmarken wirkte günstig auf die Kassenverhältnisse.

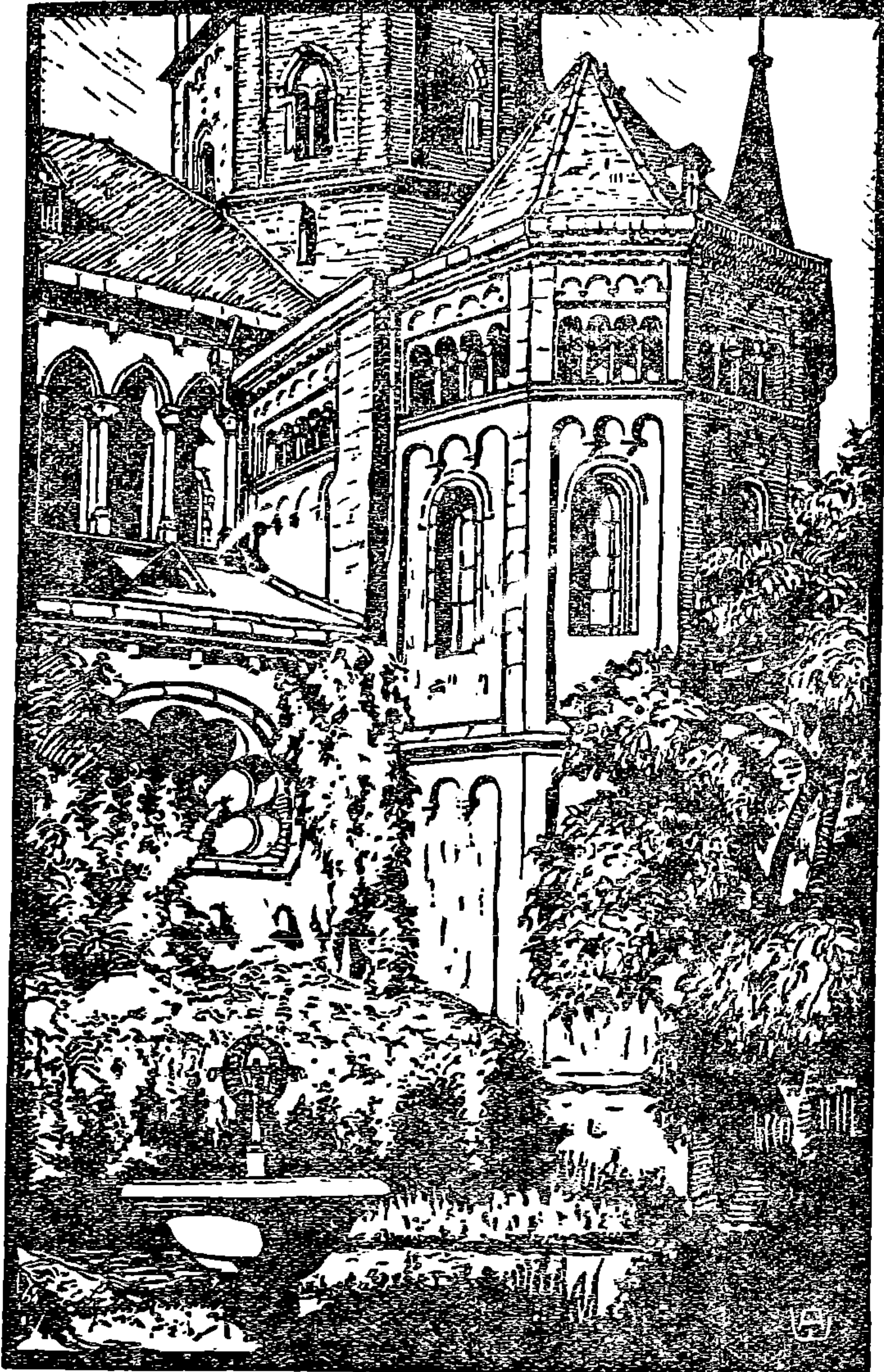
Kollege Schümmer sprach zum Schluß noch einige launige Worte über die schöne Stadt Bonn, die in ihrer landschaftlichen Herrlichkeit ein Angelpunkt rheinischen Lebens sei. Vor allem dankte er auch der Stadtverwaltung für ihre liebenswürdige Aufmerksamkeit und schloß seine Rede mit einem Hoch auf Vaterland, Rheinland und die liebenswerte Stadt Bonn.

Die Aussprache war außerordentlich rege. Führende Vertrauensleute, freigestellte Kollegen und Jugendführer besprachen mit tiefem Ernst, mit Nachdruck und einem erfreulichen Optimismus die aus dem Geschäftsbericht sich ergebenden Fragen. Neben Darlegungen über die Altersinvalidenversicherungen waren es vor allem Angelegenheiten stärkerer agitatorischer Auswertung der Erfolge, die der 2. Bezirk im vergangenen Geschäftsjahr erringen konnte, einer besseren Erfassung der Jugend, ihrer Interessen am gewerkschaftlichen Leben, Fragen des Durchsetzens in roten Hochburgen, wozu besonders unser neues Landtagsmitglied Heborn (Solingen) sehr beachtliche Ausführungen machte. Das Problem der Bildung und des Bildungswesens, für das ohne

Zweifel der 2. Bezirk viel Kräfte einsetzt, fand bei den Diskussionsrednern eingehende Erwägungen und Dank.

Verbandsredakteur Kollege Georg Wieber sprach darauf in längeren Ausführungen das Schlusswort. Ausgehend von der Lage der Wirtschaft, dem Geist der Tagung und den Erfolgen des Christlichen Metallarbeiterverbandes zeigte er,

was „Wille zum Aufstieg“ sei. In scharfen Gegenüberstellungen beleuchtet er die wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Lage der Arbeiterschaft, wie sie noch vor wenigen Jahrzehnten gewesen und derjenigen von heute. Gewiß seien noch viele Mängel zu überwinden, aber der Weg der Industriearbeiterschaft sei an gewaltigen Taten, an seelischer Stärke und an drängendem Willen ein Heldenlied von unerhörter Größe und zugleich stillem Wirken. Aus der Gleichberechtigung müsse sich die Arbeiterschaft zur Gleichachtung durchdringen. Das Fundamentalgesetz dazu sei, daß man das Minderwertigkeitsgefühl überwinde, daß man den berechtigten Stolz einer wollenden Schicht in sich trage. Die Willenskräfte der Arbeiterschaft müßten, ähnlich wie die der anderen Schichten, schärfer zusammengefaßt werden. Der Arbeiter sei so arm, wie er selbst arm sein wolle. Die Arbeiterschaft steige nicht auf, lediglich durch Vertrauen auf die Staatsallmacht, oder gar durch eine „Alles- und Nichtspolitik“, sondern durch Vertrauen auf die eigene Kraft und dadurch, daß man aus den gegebenen Situationen das Bestmögliche herauszuholen sich bestrebe. Die christl. Metallarbeiterschaft redet und handelt im Gedanken der Gleichberechtigung, das heißt sie verwirft den Gedanken



Am Münster in Bonn

des Klassenkampfes als Prinzip, ebenso wie den Gedanken der Diktatur, und steht auf dem Boden des gleichen Rechtes für alle Volksgenossen. Es genügt nicht, daß man sich nur auf die Güte der christlichen Gewerkschaftsidee verläßt; notwendig ist, daß man in dieser Idee lebt und die Konsequenzen daraus zieht. Das gilt ganz besonders für das Kapitel „Beitrags-einklassierung“. Vor allem ist gerade für unsere Vertrauensleute eine Vertiefung des Wissens um unsere geistige Grundlage und ein stärkeres Heranstellen des Eigenlebens der Bewegung notwendig. Mit einem Appell an die alte bewährte Kraft der Mitarbeit an unserem Verband schloß Kollege Wieber seine Darlegungen, die mit großem Beifall aufgenommen wurden. Mit einem Hoch auf den Christlichen Metallarbeiterverband ging die in allen Teilen gut verlaufene Konferenz zu Ende. Schümmer-Köln.

Betriebsräte-Kursus in Kochel (Bayern)

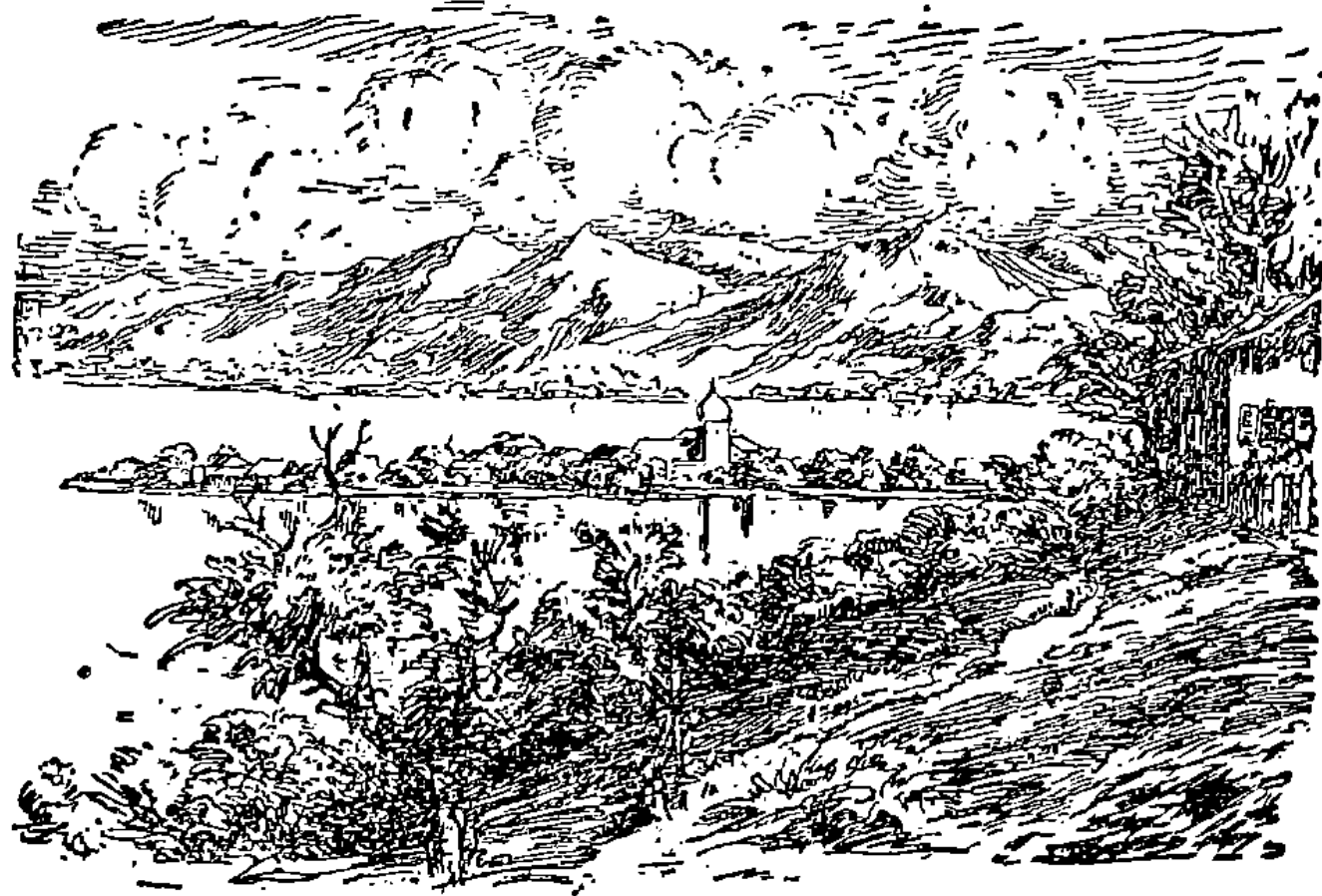
Unser bayerischer Verbandsbezirk veranstaltete in der Pfingstwoche im Erholungsheim Seehof, zu Kochel am See in den bayerischen Alpen, einen wirkungsvoll verlaufenen Betriebsräte-Kursus. Zu den 4tägigen Beratungen hatten sich 46 Betriebsräte bei insgesamt 58 Teilnehmern eingefunden.

Der einleitende Vortrag des Bezirksleiters, Kollegen Konrad, beleuchtete die Beziehungen zwischen der Betriebsvertretung und der gewerkschaftlichen Organisation. Besondere Hervorhebung erfuhren die geschichtliche Entwicklung sowie die Irrwege extremer Forderungen auf der einen

Seite, bekannt unter dem Schlagwort „Alle Macht den Räten“, andererseits unter dem Mißbrauch des Gedankens der Werksgemeinschaft, welcher der Arbeiterschaft eine wirtschaftspolitische Inzucht zumute. Erfolgreiche Arbeit der Betriebsräte kann die Grundlage der in der gewerkschaftlichen Organisation verkörperten Solidarität nicht entbehren.

Die folgenden vier Hauptvorträge hatte Verbandssekretär Kollege Mauer von der Verbandszentrale Duisburg übernommen. Er schilderte zunächst die Entwicklung der modernen Wirtschaftsförm und -Mittel mit dem Ziel der Mobilisierung aller Kräfte und Mittel zur Höchstleistung in der Produktion mit der sich Hand in Hand die Konzentrierung gewaltiger Kapitalkräfte vollzieht. Die Notwendigkeit, der Entseelung des Arbeiters in der mechanisierten Arbeit und dem Ueberwuchern der Kapitalmacht durch qualifizierte gewerkschaftliche Rüstung zu begegnen, trat klar in Erscheinung.

Der weitere Vortrag gab eine instruktive Einführung in das vielgestaltige Arbeitsrecht. Erinnerung sei hier nur an die Schaffung der Arbeitsgerichte, das Schlichtungs- und Tarifwesen, Arbeitszeitverordnungen usw. Die sachkundige Arbeit in den Parlamenten und der nicht minder wichtige Rechtschutz stützt sich auf die Erfahrungen der gewerkschaftlichen Organisation und ihrer Vertretung.



Bayerischer Alpensee

Sinn und Inhalt des Betriebsräte-Gesetzes war Gegenstand des folgenden Vortrages. Mit diesem Gesetz wurde die erste Stufe in der Anerkennung der Arbeiter als gleichberechtigte Bürger im Wirtschaftsleben erreicht. Allein so wenig wie früher die Uniform den Soldaten gemacht hat, schafft das Betriebsrätegesetz den fertigen Betriebsrat. Erst durch die gewerkschaftliche Schule wird Ziel und Weg klar gestellt und die geistige Aktionsfähigkeit der Betriebsvertretung ermöglicht.

In die Praxis der Betriebsvertretung führte der nächste Vortrag ein. Die verantwortungsbewußte Arbeit der Betriebsräte fand an zahlreichen Beispielen wertvolle Erläuterung. Sämtliche Vorträge wurden in eingehender Aussprache

Herr Rektor Dr. Gruber hatte einen Vortrag über „Arbeiter und Kultur“ übernommen. Das Bildungswesen, die Lebenskenntnis, Pflege des Familienlebens und die Beziehungen der Arbeiter zur Kunst standen im Mittelpunkt der interessanten Darlegungen. Im Schlußvortrag gab Kollege Konrad ein zusammenfassendes Bild der geleisteten Arbeit, die mit einem halben Tag zur Besichtigung des Walchensee-Werkes unterbrochen wurde.

Der Verlauf des Kursus wurde durch den Tagungsort, Ränne und Verpflegung sehr begünstigt, hat Teilnehmer und Veranstalter befriedigt und läßt eine erfolgreiche Auswirkung erhoffen.

Konrad.

Der Bauernkönig

Von Otto von Schaching.

I.

Im Monat März war's, des Jahres 1525, da saß in der Reichsstadt Nördlingen Hans Toll, einer ehrsamten Schuhmacherzunft Mitglied, zu ebener Erde seines am Weinmarkt gelegen Hauses und hämmerte fleißig auf ein Stück Sohlenleder, so er mit dem Riemen zwischen den Knien festhielt. Neben ihm nagelte Konrad einen großen derben Bundschuh, der einem anderen auf dem Boden liegenden dermaßen ähnelte, daß man beide leicht als Brüder erkannte, die mitsammen bei einem Bauern im Dienste standen. Jetzt schlug der Geselle den letzten Nagel in den breiten Absatz. „Nun mag er sie holen“, redete er, die Schuhe verächtlich nach der nahen Fensterdecke schleudernd. „Die Schuh' sind schier das Geflick mit mehr wert. Nennt sich den Bauernkönig und läuft mit so einem Schuhzeug durchs Land.“

Meister Toll wollte dem unwirschigen Gesellen antworten; da ward die Lüre aufgetan und ein Bursche mit einem Wanderbündel auf dem Rücken trat in die Stube.

„Mit Günst, daß ich mag hereingehn“, sagte er. „Guten Tag. Glück herein. Gott ehr' das Handwerk, Meister und Gesellen. Meister, ich wollt' Euch angesprochen haben von wegen des Handwerks, ob Ihr mit woltet Arbeit schauen nach Handwerks Brauch.“

Drauf Meister Toll: „Woher des Wegs, Gesell, mit Günst, daß ich fragen mag. Seid ein Schwab', wie ich an Eurer Red' merk'. Wie heißt Ihr?“

„Klaus Hafner, mit Günst. Ich komm' aus Memmingen und soll Euch einen schönen Gruß entbieten vom Meister Schüblein. Bei ihm hab' ich zulezt in Arbeit gestanden.“

„Pos' Marter!“ rief da Meister Toll, indem er von seinem Dreibein aufsprang und dem Gesellen die Hand hinstreckte. „Seid Ihr bei meinem Freund Schüblein gewesen, so seid Ihr mir willkommen. Ich kann Euch just gebrauchen. Mein Gesell hier vermeint morgen zu wandern, und da trefft Ihr's günstig. Hab' mich heut' noch auf der Herberg nach einem neuen Gesellen umschau'n wollen. Nun ist's nit mehr nötig.“

Klaus freute sich seines Loses und dankte dem Meister für die Aufnahme. Sodann streifte er sein Bündel ab und schob es unter die nussbraune Wandbank. Da mochte es sein bis zur Stunde seines Bedarfs.

Und wieder ging die Lüre auf. Ein hochgewachsener breitschulteriger Mann im Bauerngewand erschien, bot ehrlichen Christengruß und wandte sich an Toll mit der Frage: „Nun, Meister, sind die Schuh' fertig?“

„Sie sind's und warten schon auf Euch, Erlinger“, versetzte der Schuster und übergab dem Bauern mit einer gewissen Dienstfertigkeit das Paar Bundschuhe, so der Geselle vorhin im Unwillen hingeworfen

hatte. Der Bauer nestelte aus seinem Beutel den Macherlohn, einen Ulmer Groschen; denn so viel rechnete der Meister.

Mittlerweile stand Klaus, der neue Geselle daneben und besah, wie es schien, mit Wohlgefallen die Hünenfigur des Landmannes. Meister Toll, es bemerkend, äußerte gen Klaus: „Seht, lieber Geselle mein, dies ist der Bauernkönig von Appertshofen. Ein wichtiger Mann in seiner Weis. Merkt's Euch, Klaus.“

Der Geselle war im Begriffe, Näheres über diese Art König zu erfragen, von der er ehemals niemals gehört hatte, aber der Meister setzte dem Bauern eben auseinander, daß Klaus sein neuer Geselle sei, den er heute eingestellt habe; er komme von Memmingen, fügte der redselige Toll hinzu.

„Von Memmingen?“ wiederholte Erlinger. „Ei, so könnt Ihr uns auch sagen, wie's da im Oberland steht mit gemeiner Bauernschaft. Hab' angestern erzählen hören, daß groß' Unruh' sei unter den Bauern dort. Ist was an der Mär?“

„Das möcht' ich meinen“, versicherte Klaus lebhaft. „Die Bauern sind allerwegen auf und tun sich in Haufen zusammen; haben auch vor etlich Tagen eine Schrift ausgehen lassen, heißt: Die zwölf Artikel. Geistlich und weltlich Herren werden fast geringe Freud' an der Schrift haben, maßen sie ihnen die Freundschaft der Bauern aussagt. Die Bauern haben Will' und Meinung, hinfür ihren Pfarrer selber zu wählen und ihn fortzuschicken, wenn er sich ungebührlich hält. Der Viehzehent soll aufhören und Eigenleut' soll es auch nimmer geben. Dies und noch mehr steht in dem Artikelbrief gar hübsch und erfreulich zu lesen. Ja, die oberländisch' Bauernschaft ist ganz rebellisch, und ich sag', sie tut recht daran; sie soll nur den Pfaffen und Junkern das Gasthütlein abziehen und es ihnen mit Flegeln und Knäppeln segnen. Nur fröhlich zuschlagen auf die Köp' der Oberen! Die haben's lang verdient um die armen Leut'.“

Erlinger ließ den Gesellen ausreden. Sonderbarerweise war in dem Gesicht des Bauernkönigs kein Anzeichen von Zustimmung zu bemerken; ein breiter Schatten legte sich vielmehr auf seine Stirne und seine blauen ehrlichen Augen richteten sich schier unmutsvoll auf den Meister, als woltte er ihn fragen, wie er zu solchem Gesellen komme.“

„Den Oberländischen ist auch die neue Lehr' vom lutherischen Evangelium in den Kopf geschossen“, ließ sich die Stimme des anderen Gesellen vernehmen, der bisher geschwiegen und nur auf seine Arbeit geachtet hatte.

„Ja, das kommt davon, weil jeztund jeder unterm Schein des lauteren Evangeliums gen Gott und Obrigkeit redet“, schloß sich Erlinger der Bemerkung Konrads an, und sein Blick streifte wie eine Anklage in rascher Folge die verdüsterte Miene des Meisters Toll und Klaus Hafners. Da begriff letzterer, wie er bei dem Bauernkönig ganz und gar an den Unrechten geraten sei. Was liegt mir an dem Bauern? sagte sich Klaus jedoch in Gedanken, und hierbei ließ er's bewenden.

Aus den Betrieben

Adam Jerwan †

Einen herben Verlust erlitt die Zahlstelle Hamborn-Marzloh durch den am Montag, dem 4. Juni, infolge eines Betriebsunfalles erfolgten Tod des Kollegen Adam Jerwan. Um die Ausbreitung unseres Verbandes im Bereich der Verwaltungsstelle Hamborn hat er sich unvergeßliche Verdienste erworben. Nachdem er als junger Mann mehrere Jahre in Amerika gearbeitet hatte, schloß er sich nach seiner Rückkehr im Jahre 1904 der Zahlstelle Marzloh als Mitglied an, deren langjähriger Vorsitzender und unermüdlicher Mitarbeiter er werden sollte. Als solcher war ihm kein Weg zu weit, keine Stunde zu spät oder zu früh, wenn es galt die Interessen der Organisation zu vertreten oder ihr neue Mitglieder zuzuführen. Kasklos war er tätig, vorbildlich hat er sich an der Hausagitation beteiligt, immer wieder rief er andere Kollegen durch sein Beispiel der Tat mit sich. Durch keinen Rückschlag ließ er sich entmutigen, davon reden die alten Versammlungsprotokolle eine deutliche Sprache. Erst mit zunehmendem Alter zwang ihn ein hartnäckiges Asthmaleiden, seine opferfreudige Tätigkeit für den Verband einzuschränken, aber in den Versammlungen war er trotz seiner 66 Jahre noch immer zugegen und feuerte durch sein Wort die jüngere Generation an. Unvergeßlich wie seine Arbeit wird uns daher auch die schlichte, arbeitsfreudige Person des „alten Jerwan“ sein, sein Andenken wird bei uns stets in Ehren bleiben. Er ruhe in Frieden! Wagner.

Was geht im Klempnergewerbe vor sich?

Seit Monaten schweben Verhandlungen zwischen dem Christlichen und Deutschen Metallarbeiterverband einerseits und dem Westdeutschen Landesfachverband im Klempner- und Installationsgewerbe andererseits, um den von Arbeitgeberseite gekündigten Rahmenvertrag zum Abschluß zu bringen. Neben einigen anderen Fragen bildet den Hauptstreitpunkt die Frage der Auslösung, also die Entschädigung für auswärtige Arbeiten. Die Klempnergehilfen verlangen eine tarifliche Regelung dieser Frage, also die Festlegung bestimmter Beträge für bestimmte Entfernungen. Für alle anderen Branchen, die auswärtige Arbeiten zu erledigen haben, ist die von den Klempnergehilfen geforderte Zoneneinteilung mit entsprechender Vergütung bereits jahrelang tariflich geregelt.

Für sich tadelte er auch den Meister, daß er jetzt dem weggehenden Erlinger das Geleite aus der Stube gab, als ob es sich um eine Standesperson gehandelt hätte.

„Wer ist denn der groß' Hans?“ fragte Klaus höhnisch den Gesellen Konrad. „Der groß' Hans?“ wiederholte dieser. „Wenn du den erst kennen lernst! Er ist aus Appetshofen, Fünftelstunden von hier. Dort haust er auf seinem Hof, und der ist nit schlecht. Der Hof gehört ins Gräßlich-Deitingsche. Man heißt ihn den Bauernkönigshof wegen eines gewissen Brauchs. Wenn nämlich in Appetshofen oder im Dorfe Bierheim ein Bauer eine Hube bezieht, seis durch Kauf, Tausch, Erbfall oder Heirat, so soll er durch den Bauernkönig in feierlicher Weis' eingefeset und bestätigt werden. Dazu muß jeder im Dorf bei einem Gulden Straf' erscheinen. Der aufziehend' Bauer aber muß alle Gäste mit Essen tüchtig versehen. Dafür soll jeder Bauer dem Neueingesetzten im Notfall einen halben Tag umsonst ackern, fahren oder auf andere Weis' dienen.“

Konrad hatte seine Erklärung knapp beendet, da kehrte Meister Toll in die Stube zurück. Sein Gesicht war stark gerötet, ein Zeichen innerer Aufregung. Hornesfunken sprühten aus seinen kleinen Hechtäugen. Wie ein gereizter Eber schoß er auf den Gesellen Konrad los, als sei er vorhabens, ihn samt seinem Schusterstuhl zu verschlucken. „Holt Euren Bündel“, schrie er ihm zu, „und lauft ein Loch in die Welt hinein. In meinem Haus habt Ihr nichts mehr zu suchen.“

Betroffen starrte Konrad den eifernden Meister an.

„Was ist Euch denn?“ fragte er.

„Nichts ist mir, gar nichts, aber aus dem Hause sollt Ihr mir. Ihr habt den Erlinger wider mich aufgebracht mit Eurer Red' vom lutherischen Evangelium. Ein loser Mensch seid Ihr, voll Buberei.“

Der Gescholtene warf das Werkzeug weg und fuhr wie ein Biber auf. Einen Augenblick hatte es den Anschein, als ob er sich an dem Echelenden tätlich vergreifen wollte. Es geschah nichts dergleichen.

„Einen losen Menschen nennt Ihr mich?“ sagte er. „Den Schimpf stoß ich in Eure Kehle hinab. Ihr wollt ein Meister sein? Ja, ein Meister seid Ihr in jeglichem Lug und Trug. Hier in der Stadt haltet Ihr's mit den Lutherischen und vom katholischen Erlinger in Appetshofen borgt Ihr Geld. Meint Ihr, ich bin Euch noch mit hinter Eure Echlich' gekommen? Schon lang' hab' ich's herausgefunden, daß Ihr beim Bauernkönig dick in der Kreide sitzt. Ich weiß mehr, als Euch lieb ist. Meister Lügenbeutel, der Ihr lügt wie Hans Guck-in-die-Welt.“

Toll hatte sich verfärbt, und sprachlos stand er dem polternden Gesellen gegenüber. Dieser aber hatte sein Mütchen gekühlt und verließ jetzt die Stube. Inzwischen war Klaus nach der Wandbank geschritten, unter der er sein Wanderbündel hervorzog.

Auch im Klempnergewerbe ist eine nicht unerhebliche Anzahl Firmen bereit, den berechtigten Forderungen der Gehilfen Rechnung zu tragen. Eigentümlicherweise sind in der Hauptsache diejenigen Firmen die größten Gegner, für die Auslösungssätze am wenigsten oder überhaupt nicht in Frage kommen. Nachdem in Bochum die Gehilfen in den Streik getreten sind, haben nunmehr die Arbeitgeber beschlossen und den Gewerkschaften mitgeteilt, daß, falls bis zum 6. Juni die Arbeit in Bochum und sonstigen bestreikten Städten bzw. Betrieben nicht aufgenommen sei, sie die Aussperrung über das ganze Tarifgebiet verhängen würden. Ob es dazu kommt, ist bei der unterschiedlichen Einstellung im Arbeitgeberlager noch sehr zweifelhaft. Die Klempnergehilfen in den einzelnen Städten sehen jedenfalls diesen Dingen mit der größten Ruhe und Aufmerksamkeit entgegen. Sie sind gerüstet. Für die Mitglieder des Christlichen Metallarbeiterverbandes gilt an allen Orten die von ihren gewerkschaftlichen Organisationen bekanntgegebene Parole, die strikte einzuhalten die gewerkschaftliche Disziplin verlangt. Kurth.

Professor Dr. Dovifat

Der bekannte Chefredakteur des „Deutschen“, der Tageszeitung unserer christlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung, Dr. Dovifat, ist als Professor für die neugegründeten Lehrstuhl für Zeitungswissenschaft an der Berliner Universität berufen worden. Lange Jahre hat Professor Dr. Dovifat, der auch im Reichsverbande der deutschen Presse eine führende Rolle spielt, sein reiches Können und seine glänzende Begabung in den Dienst des einflussreichen Hauptorgans der christlichen Gewerkschaftspressen gestellt und die Ausgestaltung des Blattes richtunggebend beeinflusst.

Die Berufung des hervorragenden Zeitungsfachmannes an die Berliner Universität dürfte die Qualität des journalistischen Nachwuchses wesentlich fördern. Unser Christlicher Metallarbeiterverband spricht Dr. Dovifat zu seiner Berufung die herzlichsten Glückwünsche aus und hofft, daß in der Zukunft Herr Dr. Dovifat gerade auch in seinem neuen Tätigkeitsbereich wesentliches zur inneren Befriedung unseres Volkes beitragen kann.

„Mit Günst, Meister“, sagte er, „ich vermeine Euch einen Gefallen zu tun, wenn ich weitergeh'. Ich versprech' Euch, nichts auszureden von dem, was ich gehört hab'. Die Wahrheit zu gesteh'n, so trag' ich allem die Schuld an der bösen Geschicht'. Ich hätt' von dem Artikelbrief schweigen sollen, so wär' der Streik unterblieben. Wie konnt' ich denken, daß dieser Appetshofener . . .“



„Laß's gut sein“, fuhr Toll, seine Aufregung niederzwingend, dazwischen, „und legt Euer Bündel wieder ab. Ihr werdet mir, wie ich hoff', mehr glauben als jenem schlechten Echelm. Ich hab' ihm vor acht Tagen die Herberg aufgesagt, weil er ein Polterer und unleidlicher Gesell ist, der lieber in der Schenke liegen als in der Werkstatt schaffen möcht'. Laßt Euch also durch sein Geschnarche nicht anfechten und achtet seiner nit.“

Nach kurzem Zögern gab Klaus dem Drängen Tolls nach und tat sein Bündel zum andern Maie ab.

„So ist's recht“, lobte der Meister, als er sah, daß der neue Geselle sich so lenksam erwie. „Und damit Ihr den gehabten Verdruf leichter vergeßt, nehmt dies und trinkt auf mein Wohl eine Kanne Bier oder Wein beim Blauen Bock drüben.“

Toll händigte dem überraschten Gesellen einen rheinischen Pfennig aus. Klaus ließ sich nicht lange bitten und nahm das Reichnis an. Mit der Münze suchte er dann das ihm angepriesene blaue Bier auf. Meister Toll atmete leichter auf, als er sich jetzt allein sah. Raum hatte der Geselle die Stube verlassen, so erschien Konrad im wegfertigen Zustande, das Bündel auf der Schulter und den Knotenstock in der Rechten. Der Meister zahlte ihm den rückständigen Lohn aus, den Konrad mit finsterner Miene einstrich. Keiner verlor an den andern noch ein Wort. Mit hohem vollen Gefühlen trennten sich Meister und Geselle, jeder von ihnen mit dem geheimen Wunsche, es dem andern eines schönen Tages tüchtig eintränken zu können.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeitsrecht Sozialversicherung

Nummer 7

Duisburg, den 23. Juni 1928

Nummer 7

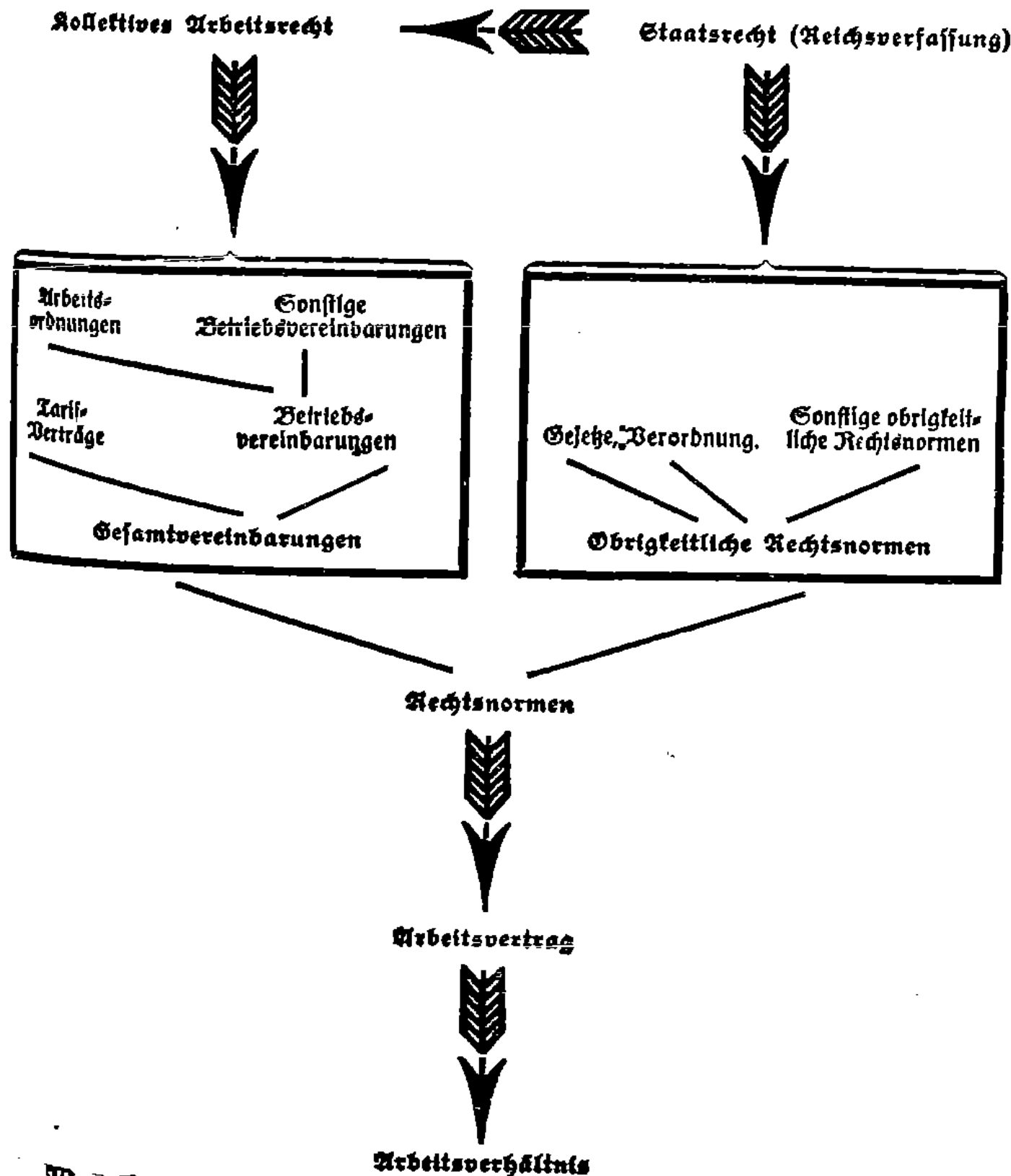
Die rechtliche Regelung des Arbeitsverhältnisses

In dieser Zeitung ist öfters schon davon die Rede gewesen, welche Bedeutung der Beschäftigung mit dem Arbeitsrecht innerhalb des Arbeiterbildungswesens zukommt. Es gilt dabei zwei Fragen zu beantworten.

Bei der ersten Frage ist davon auszugehen, daß das Gebiet des Rechtes sehr umfangreich ist. Die Arten des Rechtes sind mannigfaltig, und doch hängen sie untereinander zusammen. Das Recht ist ein ganzes und geschlossenes System, das sich auf und über unseren gesellschaftlichen Verhältnissen als ordnender Faktor erhebt. Für den, der in die Materie des Arbeitsrechts eindringen will, ist es nun von Wichtigkeit, sich darüber Klarheit zu verschaffen, welche Stellung im Gesamtsystem des Rechts das Spezialgebiet des Arbeitsrechts, insbesondere des Kollektiven Arbeitsrechts, einnimmt.

Die zweite Frage, die scheinbar mit der ersten nur lose zusammenhängt und doch mit ihr gleichzeitig beantwortet werden kann, ist folgende: Welches ist der Aufbau der rechtlichen Regelung des Arbeitsverhältnisses? Wo und wodurch findet das, was den Arbeiter am meisten interessiert, nämlich das Arbeitsverhältnis, seine rechtliche Regelung?

Es soll versucht werden, auf beide Fragen an Hand einer Tabelle eine kurze und vorläufige Antwort zu finden. Tabellen können zwar fast nie das Wesen einer Sache erschöpfen; aber sie vermögen oft nach Erkenntnis strebenden Menschen eine klare Uebersicht und Fingerzeige zu geben. Die Tabelle, die kurz erklärt werden wird, hat folgende Gestalt:



Was besagt uns diese Tabelle? Man betrachte sie am besten von unten nach oben. Die Grundlage des Ganzen bildet das Arbeitsverhältnis. Dieses muß streng unterschieden werden von dem Arbeitsvertrag. Während der Arbeitsvertrag seiner Natur

gemäß ein Rechtsverhältnis darstellt, ist das Arbeitsverhältnis ein rein tatsächlicher (kein rechtlicher) Zustand. Es ist der Zustand, daß jemand für einen anderen in Abhängigkeit Arbeit leistet. Dieser Zustand ist an sich unabhängig von irgendwelcher rechtlichen Regelung. Das Arbeitsverhältnis kann rechtlich geregelt sein (und zwar in sehr verschiedener Weise), braucht es aber nicht. Beispiele: Ohne rechtliche Regelung ist das Arbeitsverhältnis zwischen einem Arbeitgeber und einem Arbeitnehmer, wenn der Arbeitnehmer bei Abschluß des Arbeitsvertrages minderjährig war und der Inhaber der elterlichen Gewalt nicht zugestimmt hat. Infolgedessen ist hier ein Arbeitsvertrag nicht zustande gekommen; es ist aber denkbar, daß das Arbeitsverhältnis trotz dem längere oder kürzere Zeit besteht, etwa deshalb, weil sich die Parteien der Nichtigkeit des Arbeitsvertrages nicht bewußt waren. Im übrigen kann die rechtliche Regelung des Arbeitsverhältnisses, wie gesagt, sehr mannigfaltig sein. Im öffentlichen Recht findet u. a. das Arbeitsverhältnis des Strafgefangenen seine rechtliche Regelung. Das Arbeitsverhältnis des gewerblichen Arbeiters ist fast immer durch einen Arbeitsvertrag geregelt. Es sei nochmals wiederholt, daß Arbeitsverhältnis und Arbeitsvertrag nicht miteinander verwechselt werden dürfen. Um Mißverständnissen vorzubeugen, muß betont werden, daß diese Unterscheidung erst jüngeren Datums ist. In vielen Gesetzen, sogar noch im Betriebsrätegesetz, werden die Worte „Arbeitsverhältnis“ bzw. „Dienstverhältnis“ und „Arbeitsvertrag“ bzw. „Dienstvertrag“ als gleichbedeutend gebraucht.

Was den Arbeitsvertrag betrifft, so kann sein Wesen hier als bekannt vorausgesetzt werden. Uns interessiert nur die Frage, woher er seine verbindliche Kraft hat. Wo sind die Voraussetzungen geregelt für das Zustandekommen usw. von Arbeitsverträgen? Wo ist angegeben, wie Arbeitsverträge wirken? Die Antwort darauf ist einfach: Die Regelung des Arbeitsvertrages ist in den Normen des geltenden Rechts enthalten, z. B. in den Normen des Bürgerlichen Gesetzbuches, der Gewerbeordnung, des Handelsgesetzbuches usw.

Die Rechtsnormen zerfallen nun in zwei Arten, nämlich in solche Rechtsnormen, die von einer Obrigkeit ausgehen, und in solche Rechtsnormen, die von den berufenen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer — teils unter starker staatlicher Mithilfe — geschaffen werden. Die ersten nennen wir obrigkeitliche Rechtsnormen, die zweiten Gesamtvereinbarungen.

Die Obrigkeiten, die Rechtsnormen schaffen können, sind in erster Linie die Parlamente, dann aber auch Behörden der verschiedensten Art. So müssen wir denn bei den obrigkeitlichen Rechtsnormen unterscheiden: Gesetze (die von den Parlamenten gemacht werden), Verordnungen (die von Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassen werden) sowie sonstige obrigkeitliche Rechtsnormen, wie z. B. Ortsstatute.

Und nun müssen wir weiter fragen, wo die obrigkeitlichen Rechtsnormen ihre rechtliche Regelung finden. Wo ist festgelegt, welches die Voraussetzungen und die Wirkungen der obrigkeitlichen Rechtsnormen sind? Antwort: Im Staatsrecht, vor allem in der Reichsverfassung.

Die Reichsverfassung ist also, soweit wir bisher gesehen haben, der Quellpunkt der rechtlichen Regelung des Arbeitsverhältnisses fast aller gewerblichen Arbeiter. In der Reichsverfassung und dem sie ergänzenden Staatsrecht finden die obrigkeitlichen Rechtsnormen (Gesetze, Verordnungen und sonstige obrigkeitliche Rechtsnormen) ihre rechtliche Regelung. Die obrigkeitlichen Rechtsnormen regeln ihrerseits den Arbeitsvertrag, und dieser regelt seinerseits das Arbeitsverhältnis.

Wie wir bereits wissen, gibt es neben den obrigkeitlichen Rechtsnormen noch einen anderen Faktor, der den Arbeitsvertrag reguliert. Dieses sind die Gesamtvereinbarungen. Die Gesamtvereinbarungen aber zerfallen in Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen. Die Betriebsvereinbarungen aber sind entweder Arbeitsordnungen oder sonstige Betriebsvereinbarungen.

Auch hier müssen wir wieder fragen: Welches ist die rechtliche Grundlage der Gesamtvereinbarungen? Wo ist es geregelt, wann sie entstehen und wie sie wirken? Ihre Regelung ist im kollektiven Arbeitsrecht enthalten. Das kollektive Arbeitsrecht (z. B. die Tarifvertragsverordnung, das Betriebsrätegesetz) ist also nicht Arbeitsrecht in dem überlieferten Sinne, d. h. Arbeitsrecht in dem Sinne, daß es die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ordnet. Vielmehr ist es Aufgabe des kollektiven Arbeitsrechts, festzulegen, welches die Voraussetzungen und Wirkungen von Gesamtvereinbarungen sind. Diese erst wirken regelnd auf die Arbeitsverträge ein.

Das ist ein kurzer Ueberblick über die rechtliche Regelung des Arbeitsverhältnisses und zugleich eine Antwort auf die Frage, welche Stellung im System des Rechtes das kollektive Arbeitsrecht einnimmt. Manchem Leser werden die hier gebrauchten Begriffe noch nicht recht vertraut sein. Das ist verständlich, und wir werden uns

bemühen, bei späteren Gelegenheiten auf die Einzelheiten dieser Begriffe zurückzukommen. Nichtsdestoweniger ist es schon jetzt gut, sich eine Uebersicht zu verschaffen, und dabei kann die obenstehende Tabelle gute Dienste leisten.

In der Tabelle sehen wir Pfeile eingezeichnet. Die Pfeile besagen, daß dasjenige, auf das der Pfeil zeigt, von demjenigen, von dem der Pfeil ausgeht, rechtlich geregelt wird. Wir sehen in der Tabelle aber auch Striche ohne Pfeilspitzen. Diese bedeuten nicht, daß das eine das andere regelt, sondern daß das, was oben steht, ein Teil dessen ist, was darunter steht und durch den Strich verbunden ist.

Wer sich der Mühe unterzieht, diese Tabelle gründlich zu durchdenken, findet, daß die Gesamtvereinbarungen grundsätzlich den obrigkeitlichen Rechtsnormen gleichstehen. Er findet ferner, daß das kollektive Arbeitsrecht dieselbe rechtliche Qualität hat wie das Staatsrecht. Jedoch darf man es nicht der Reichsverfassung gleich erachten, schon deshalb nicht, weil es seinerseits seine rechtliche Sanktion erst aus der Reichsverfassung erhält. Wie man die Dinge auch betrachten mag — man mag von den obrigkeitlichen Rechtsnormen oder von den Gesamtvereinbarungen ausgehen —, immer ist die Reichsverfassung der rechtliche Angelpunkt. Herschel.

Arbeitskonflikte und Schlichtungsverfahren

Nach der Inflation stand die deutsche Wirtschaft vor der Aufgabe, den Produktionsapparat neu aufzubauen und den Anschluß an die Weltwirtschaft auf gesunder Grundlage wiederherzustellen. Die Arbeiter verzichteten damals sogar teilweise vorläufig auf die strikte Durchführung einer Ertragschaft der staatlichen Umwälzung, den achtstündigen Arbeitstag, und Unternehmer und Arbeiter unterwarfen sich den Bestimmungen der Schlichtungsordnung. Mit dem Schlichter schob sich zwischen die beiderseitigen Verbände eine zwar sachkundige, aber überparteiliche, vom Staate eingesetzte Instanz ein, die selbständig Entscheidungen zu fällen hat, falls die Streitenden sich nicht einigen können. Durch die Verbindlichkeitserklärung ihres Spruches seitens des Reichsarbeitsministers wird beiden Parteien die Friedenspflicht auferlegt.

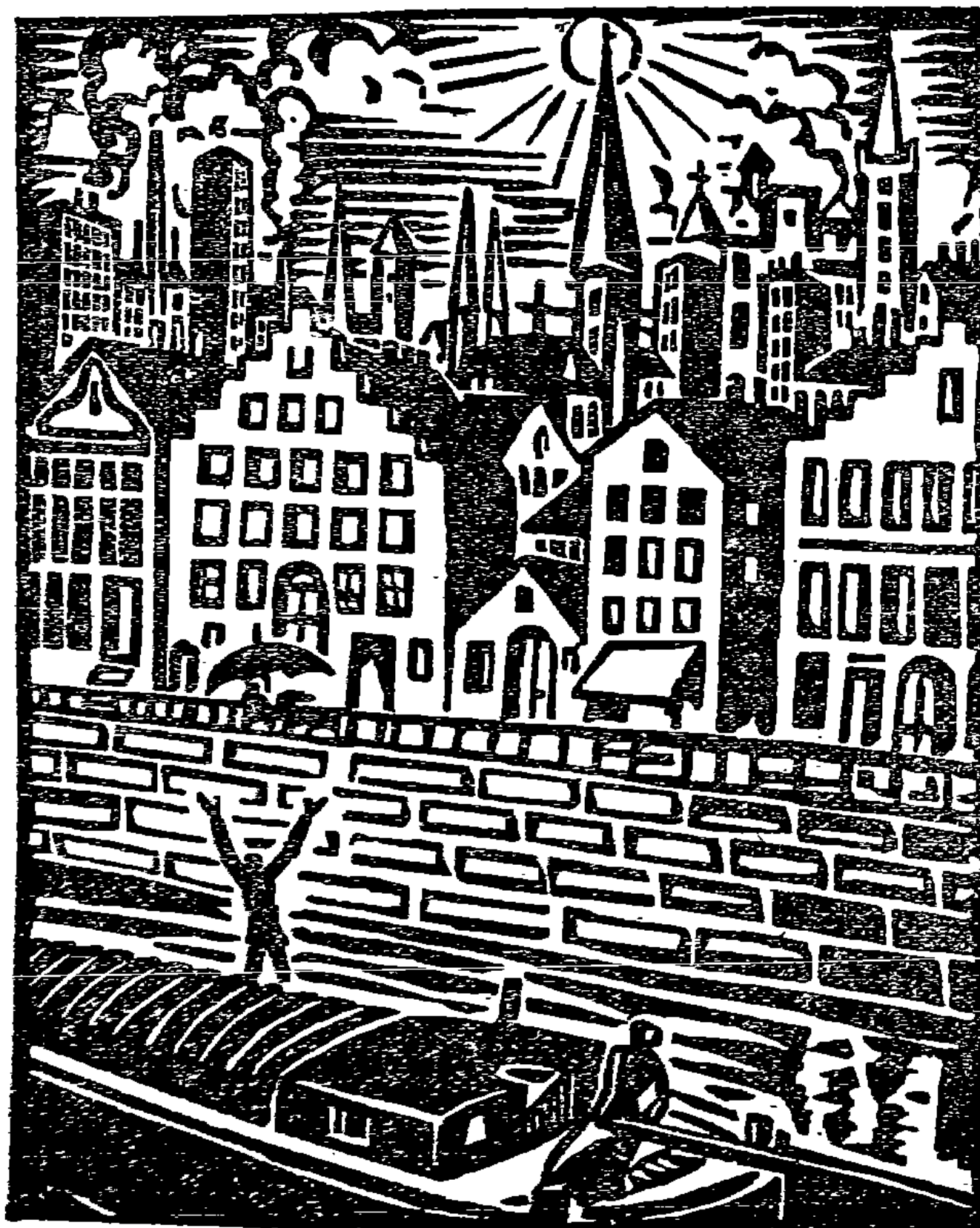
Es liegt in der Natur der Schlichtungsinstanzen, als schlichtende Vermittler ihre Schiedsprüche in den meisten Fällen auf der mittleren Linie zu halten. Ihre Tätigkeit hat die deutsche Wirtschaft schon vor unschätzbaren Verlusten bewahrt. Die großen Arbeitskonflikte der letzten Zeit im Braunkohlenbergbau und in der Zigarrenindustrie konnten in verhältnismäßig kurzer Zeit durch die amtliche Schlichtung beendet werden, so daß sich der Kampf selbst im Grunde als überflüssig erwies. In anderen sozialen Streitfällen kam es überhaupt nicht erst zum Ausbruch des Kampfes. Der als verbindlich erklärte Schiedspruch verhinderte ihn. Von wirklich großen, lange währenden Streiks oder Aussperrungen blieben unsere Wirtschaft und unser soziales Leben in den letzten Jahren bewahrt. Das Schlichtungswesen sicherte den sozialen Frieden.

Von den vielen Versuchen, zwischen Arbeiter und Unternehmer eine dauernde, friedliche Arbeitsgemeinschaft herzustellen, ist nur das Schlichtungsverfahren übriggeblieben. Innerhalb der Arbeitergewerkschaften bringen die christlichen Verbände dem Schlichtungswesen Vertrauen entgegen. Auch die freien Gewerkschaften stehen ihm nicht feindlich gegenüber. Diese Stellungnahme verhindert natürlich mannigfache kritische Einwände nicht. Sie richten sich hauptsächlich gegen die Absicht dieser Instanzen, die Tarifverträge auf längere Zeit abzuschließen, damit Industrie, Gewerbe und Handel ihre Kalkulation auf größere Zeiträume einstellen können.

Viele Arbeiterkreise sehen darin eine Benachteiligung und erklären, daß ihnen dadurch die Möglichkeit genommen werde, schnell einsetzende Teuerungswellen durch Lohnerhöhungen wieder auszugleichen. Das Für und Wider dieses Einwandes soll nicht kritisch untersucht werden, da es mit der hier nicht zu erörternden Wechselwirkung zwischen Lohn- und Preisbewegung, einem sehr hart umstrittenen Problem, in engster Verbindung steht. Daß der Spruch des Schlichters aber auch in materieller Hinsicht nicht immer Zustimmung findet, weder bei Unternehmern noch bei der Arbeiterschaft, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Die Ausgleichspolitik der Schlichtungsstellen veranlaßt weiterhin die Beteiligten, ihre Forderungen danach zu bemessen. Die Unternehmerverbände richten ebenfalls nach dieser Taktik ihre Zugeständnisse ein, so daß die Streitigkeiten oft größer erscheinen, als es wirklich der Fall ist. Dadurch wird die Arbeit des Schlichters natürlich erschwert, denn auf beiden Seiten muß dann der Spruch auf Widerstand stoßen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß in der Vorkriegszeit die Forderungen und die Verhandlungsergebnisse in den meisten Fällen ebenfalls erheblich voneinander abwichen und viel mehr in Kämpfe ausarteten, während heute der Schiedspruch von einer überparteilichen Stelle gefällt wird und durch die Verbindlichkeitserklärung zwingende Kraft erhält.

Das Schlichtungsverfahren steht, wie die Ereignisse der letzten Zeit beweisen, in einer schweren Vertrauenskrisis. Auf der einen Seite sind es die Kommunisten, die aus politischen Gründen, zur Radikalisierung der Arbeiterschaft, den offenen Kampf, Streiks und Aussperrungen, dem sozialen Ausgleich entgegensetzen und die Schlichtungsordnung als das Mittel bezeichnen, das dem Arbeiter das freie Arbeitsrecht schmälern soll. Aber auch in Unternehmerkreisen betrachtet man seit geraumer Zeit die Schlichtungsorgane als die Träger der Zwangswirtschaft auf dem Arbeitsmarkt. Man klagt darüber, daß die Preisentwicklung auf dem Marke der Ware Arbeitskraft, die Gestaltung der Löhne und der Arbeitsbedingungen also, dem freien Spiel der Kräfte schon allzulange entzogen sei.

Diese Unternehmerverbände vermissen, daß das freie Spiel der Kräfte auch vor dem Kriege schon stark eingeschränkt gewesen ist.



Masereel

Fahrt durch die Stadt

Die wenigen Tarifverträge von damals waren nicht mehr das Ergebnis von Angebot und Nachfrage, sondern der Beginn des sozialen Ausgleichs.

Der Ausgang des englischen Bergarbeiterstreiks hat falsche Hoffnungen erweckt. In England beginnt aber die Erkenntnis zu dämmern, daß auf diesem Wege die Wohlfahrt des gesamten Volkes leidet und daß der Versuch unternommen werden muß, den offenen Kampf einzuschränken, wie es in Deutschland mit gutem Erfolge bereits geschehen ist. Streiks und Aussperrungen kann man heute

nicht mehr als der Weisheit letzten Schluß betrachten, sobald man eben nicht, wie die Kommunisten, politische Zwecke damit verfolgt. Zwischen dem Entweder-oder steht heute der Staat, die Allgemeinheit, die sich in diesem Falle des Schlichters bedient. Die Kräfte, die hier einander gegenüber stehen, sind so gewaltig, daß sie imstande sind, die festeste staatliche Grundlage des Volkslebens zu erschüttern, wenn sie hemmungslos ihre Konflikte austragen. Deshalb hat sich trotz vielleicht einiger Mängel gerade die Verbindlichkeitsklärung als Instrument des Segens erwiesen. Arthur Ly.

Die Explosionsgefahren der Lackieröfen und ihre Verhütung

Zum Trocknen bzw. Brennen lackierter Metallgegenstände, wie Eisenmöbel, Fahrradrahmen, Blechwaren aller Art und dergleichen, werden sogenannte Trocken- oder Lackieröfen verwendet, in welchen das Trocken- oder Brenngut je nach Art des verwendeten Lackes oder der gewünschten Lackierung einer Hitze von etwa 40—180° C ausgesetzt wird. Diese Öfen, die in vielen Metallwarenfabriken anzutreffen sind, bieten nicht unerhebliche Feuers- und Explosionsgefahren und führen nicht selten zu schweren, ja tödlichen Unfällen. Diese Gefahren und die zu ihrer Verhütung erforderlichen Maßnahmen sollen im folgenden kurz besprochen werden.

Der Arbeitsvorgang spielt sich im allgemeinen in der Weise ab, daß die Werkstücke entweder in Lack getaucht oder „gesprüht“, an der Luft getrocknet und dann im Lackierofen fertiggebrannt werden. Die meisten der dabei verwendeten Lacke sind infolge der ihnen beigegebenen Lösungsmittel feuergefährlich und entwickeln beim Trocknen im Ofen Dünste, die bei einem entsprechenden Mischungsverhältnis mit der Luft unter Umständen explosibel sind. Hieraus entspringt eine der Hauptgefahren bei der Arbeit an Lackieröfen. Wird das Trockengut, vor allem getauchtes, noch ziemlich feucht in den Ofen gebracht, so muß dies unter der Einwirkung der Hitze zu einer starken Dunstentwicklung führen; andererseits besteht die Gefahr, daß die am unteren Teile des Brenngutes sich sammelnden Lacktropfen auf den heißen Ofenboden oder — bei direkter Beheizung des Ofens — in die Gasflammen fallen und dadurch zur Entzündung gebracht werden. Damit sind dann die Voraussetzungen zu einem Brande, wenn nicht gar zu einer Explosion gegeben. Begünstigt wird eine solche, wenn den Trockengasen durch eine völlig geschlossene Drosselklappe der Abzug ins Freie versperrt wird. Es ist nach dem Gesagten ohne weiteres klar, daß Öfen mit direkter Beheizung, das heißt solche, bei welchen eine unmittelbare Verbindung zwischen Heizraum und Trockenraum besteht, doppelt gefährlich sind, weil bei diesen die für das Zustandekommen jeder Explosion unerlässliche Voraussetzung, die Zündung, am leichtesten gegeben ist.

Besonders große Gefahren bergen gasbeheizte Öfen in sich. Sie bestehen darin, daß unverbranntes Gas in das Ofeninnere gelangen und mit der dort vorhandenen Luft ein explosives Gemisch bilden kann. Hierbei ist die Zündung durch Kriechstrom zu den Brennröhren bei indirekter, oder die Entzündung an den offenen Gasflammen bei direkter Beheizung leicht möglich. Eine der größten Gefahrenquellen ist jedoch bei diesen Öfen in der Inbetriebsetzung verborgen. Infolge Undichtigkeit der Brennröhrenhähne kann, wenn ein Hauptabsperrhahn nicht vorhanden ist oder während der Betriebspause nicht geschlossen war, Gas in so erheblichen Mengen in das Ofeninnere geströmt sein, daß das gebildete Gas-Luftgemisch beim Anstecken des Ofens sofort zur Explosion gebracht wird. Die gleiche Gefahr entsteht, wenn das Gas nicht sofort nach dem Öffnen der Hähne angezündet wird. In beiden Fällen sind die Folgen, wie wiederholt vorgekommene Unfälle bewiesen haben, katastrophal. Durch den Explosionsdruck werden in der Regel die Ofentüren fortgeschleudert, wodurch die im Lackiererraum anwesenden Personen in größte Gefahr geraten. Erst vor wenigen Wochen hat in Berlin ein derartiger Unfall ein Todesopfer gefordert. Der betreffende Arbeiter hatte vermutlich vergessen, nach dem Öffnen der Gasähne das Gas sofort anzustecken. Als er nach einiger Zeit sein Versehen bemerkte und sich mit der Zündflamme dem Ofen näherte, explodierte dieser, wobei dem Arbeiter durch die fortgeschleuderte Ofentür der Schädel zertrümmert wurde.

Welche Vorsichtsmaßnahmen sind nun zur Verhütung derartiger Unfälle zu beachten? Sie sind zweifacher Art und beziehen sich einerseits auf den Bau und die Ausstattung, andererseits auf die Bedienung der Lackieröfen. Der Berliner Polizeipräsident hat vor einigen Jahren Richtlinien für die Einrichtung, die Aufstellung und den Betrieb von Lackieröfen herausgegeben, die hier auszugsweise wiedergegeben seien.

Die Lackieröfen sollen vor allem indirekte Beheizung, das heißt doppelte Böden und Wandungen, besitzen, wodurch eine Trennung von Heizraum und Trockenraum erzielt wird. Die Heiz-

gase und die Trockengase (Lackdünste) sind getrennt in verschiedene Schornsteine abzuführen. Hierbei ist auf großen Querschnitt der Dunstrohre besonderer Wert zu legen. In der Decke des Ofens soll sich eine Explosionsklappe befinden, außerdem muß die Drosselklappe des Dunstabzuges, auch wenn sie geschlossen ist, mindestens ein Fünftel des Rohrquerschnittes frei lassen. Die Feuerung des Ofens soll zweckmäßig in einem anderen Raum oder doch wenigstens an der Rückseite des Ofens sich befinden. Gasbeheizte Öfen müssen für jedes Brennrohr einen besonderen Absperrhahn und außerdem einen Hauptahn besitzen. Die Brennröhre müssen übersichtlich angeordnet sein und eine leichte Kontrolle, ob alle Flammen brennen, ermöglichen. Ferner sollen die Torverschlüsse der Öfen so beschaffen sein, daß die Türen sich bei leichtem Ueberdruck im Ofeninnern selbsttätig öffnen. (Um einer entstehenden Explosion sofort Ausweg zu verschaffen und den Zerfall des ganzen Ofens zu vermeiden.)

Bei der Bedienung der Öfen ist vor allem darauf zu achten, daß das Trockengut nicht in tropfendem Zustande, sondern gut lufttrocken in den Ofen eingebracht wird. Die größte Vorsicht ist sodann bei der Inbetriebnahme gasbeheizter Öfen geboten. Das Anstecken darf nie bei geschlossenen Türen erfolgen; diese dürfen erst nach dem Anstecken geschlossen werden. Nur so läßt sich die Explosion etwa im Ofen vorhandener Gas-Luftgemische verhüten. Während des Trockenprozesses ist eine ständige und sorgfältige Ueberwachung der ganzen Ofenanlage erforderlich, insbesondere ist darüber zu wachen, ob nicht etwa einzelne Flammen von geöffneten Brennröhren erloschen sind.

Die nachstehenden Bedienungsregeln, die in auffälliger und dauerhafter Schrift an jedem gasbeheizten Lackierofen angeschlagen sein sollten, seien hier noch der Beachtung der an diesen Öfen tätigen Facharbeiter empfohlen:

1. Vor dem Anzünden der Gasflammen überzeugen, daß alle Hähne geschlossen waren! Vorsicht beim Anzünden! Erst Zündflamme an den Brenner halten, dann Gasahn öffnen!
2. Flammen stets beobachten! Sind Flammen erloschen oder ist anderswo Gas ausgeströmt, sofort alle Gasähne schließen, sämtliche Abzugklappen sowie Fenster und Türen öffnen! Wiederanzünden der Gasflammen darf erst nach genügend langer, gründlicher Entlüftung des Ofens geschehen, das heißt, sobald bestimmt vorausgesetzt werden kann, daß explosionsfähige Gasgemische nicht mehr im Ofen vorhanden sind!
3. Vor dem Einlagern des Trockengutes und Anheizen alle Dunst- und Gasabzüge öffnen! Während des Anheizens beide Abzüge offen lassen!
4. Gasabzüge nie ganz schließen! Falls die Flammen nicht ruhig brennen, Gasabzug mehr öffnen!

Max Fichtl.



Achtung!

Du stehst als Metallarbeiter dauernd in schweren Gefahren. Du willst deiner Familie Sicherungen geben. Wo kannst du das? In unserem Deutschen Volksversicherungskonzern!

Achtung!

Die Entwicklung des gesetzlichen Arbeiterschutzes

II.

Das Jahr 1869 brachte nun nach der Gründung des Norddeutschen Bundes eine *Gewerbeordnung* für die angeschlossenen Staaten. Es handelte sich dabei um eine Übertragung der preussischen Arbeiterschutzbedingungen, die noch erweitert wurden. So wurden die Gewerbeunternehmer verpflichtet, alle notwendigen Sicherungen zum Schutz von Gesundheit und Leben der Arbeiter auf eigene Kosten zu treffen. Sodann wurden die für die Fabrikarbeit erlassenen Bestimmungen ausgedehnt auf alle in Bergwerken, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebenen Brüchen und Gruben beschäftigten Arbeiter. Diese Gewerbeordnung ist auch insofern bedeutsam, als durch sie die zum Teil aus früheren Jahrhunderten stammenden *Koalitionsverbote* aufgehoben wurden und das *Trucksystem*, dessen frühere Verbote mit der Gewerbefreiheit gefallen waren, erneut verboten wurde. Nach Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches wurde dann die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes nach und nach auf alle Bundesstaaten ausgedehnt. Da indes mit dem Fehlen der allgemeinen *Gewerbeaufsicht* auch ein wirksames Kontrollorgan zur Beobachtung der Durchführung der erlassenen Schutzbestimmungen fehlte, blieben diese, mehr als es wünschenswert war, Theorie. Zudem machten sich immer mehr Lücken bemerkbar. Es fehlte an einem wirksamen Schutz der arbeitenden Frauen, an einem Verbot der *Sonntagsarbeit*, an einem besseren Schutz der Arbeiter gegen Betriebsunfälle usw. Obwohl schon seit zwei Jahrzehnten eine ganze Reihe von sozial gesinnten Männern, so *Buß*, von *Ketteler*, *Huber*, *Wichern*, *Kolping* usw., sich für den sozialen Gedanken eingesetzt hatten, blieb das Tempo des Arbeiterschutzes ein langsames. Das Deutsche Reich glaubte zunächst genug getan zu haben, und besonders *Bismarck* wollte vorerst nichts mehr wissen von einem weiteren Arbeiterschutz, sondern war der Ansicht, daß es das richtige sei, dem Interessenkampf zwischen Unternehmer und Arbeiter freien Spielraum zu lassen.

Erst 1878 erfolgte ein weiterer Ausbau der Reichsgewerbeordnung. Der Kreis der erfaßten Betriebe wurde erweitert, besondere Bestimmungen über die Führung von Arbeitsbüchern für alle Arbeiter bis zu 21 Jahren eingeführt, Lehrverhältnis und Lehrvertrag strenger geordnet, so insbesondere die Klagbarkeit an das Vorhandensein eines schriftlichen Lehrvertrages geknüpft. Außerdem wurde der Frauenschutz eingeführt. Die Arbeit der Wöchnerinnen wurde bis drei Wochen nach der Niederkunft verboten, ebenso die Arbeit unter Tage für weibliche Personen. Der Bundesrat wurde zu einem gänzlichen Verbot der Frauen- und Kinderarbeit für einzelne Betriebe ermächtigt. Daneben wurde das Verbot des *Trucksystems* verallgemeinert und die *obligatorische Gewerbeaufsicht* geschaffen. Jedoch war man bezüglich der Durchführung der letztgenannten Neuerung sehr zurückhaltend. Für das ganze Reichsgebiet wurden 30 Fabrikinspektoren ernannt, eine reichlich bescheidene Zahl. Die letzten Jahre der *Aera Bismarck* waren recht unfruchtbar hinsichtlich des Ausbaues des Arbeiterschutzes. Sie brachten zwar im Anschluß an die Kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 die Einführung der *Arbeiterversicherung*, aber auch das alle Selbsthilfebestrebungen untergrabende *Sozialistengesetz*, das am 19. Oktober 1878 vom Reichstag angenommen wurde und bis zum 25. Januar 1890 in Kraft blieb.

Erst mit dem Regierungsantritt *Wilhelms II.* hub eine dem Arbeiterschutz günstigere Zeitperiode an. Von bedeutsamstem Einfluß auf die Weiterentwicklung des Arbeiterschutzes waren besonders zwei Dinge:

1. der Wille des Kaisers zu einer fortschreitenden Sozialpolitik, der besonders niedergelegt ist in den Kaiserlichen Februarerlassen von 1890, und dann
2. der Rücktritt *Bismarcks* von der Leitung des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe, an dessen Stelle der sozial fortschrittlich gesinnte bisherige Oberpräsident der Rheinprovinz, *Freiherr von Beckepich*, berufen wurde.

Schon bei seinem Regierungsantritt bekannte sich *Wilhelm II.* zu der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881. Er sprach feierlich, im Sinne dieser Botschaft dahin zu wirken, daß die Reichsgesetzgebung auch fernerhin für die arbeitende Bevölkerung Sorge. Besonderen Anstoß erhielt die sozialfreundliche Gesinnung des jungen Monarchen durch den großen Bergarbeiterkampf 1889, in dessen Verlauf der Kaiser drei Vertreter der Bergleute, *Schröder*, *Bunte* und *Siegel* empfing und ihnen versicherte, daß die Forderungen der Arbeiter genau geprüft würden. Eine Ab-

ordnung von Arbeitgebern, die er nachdem empfing, verwahrte er und machte ihnen Vorhaltungen, daß sie mehr Fühlung mit den Arbeitern zu halten und ihnen Gelegenheit zum Vorbringen ihrer Wünsche zu geben hätten. Bei *Bismarck* fand der Kaiser mit seinen sozialpolitischen Anregungen keine Gegenliebe, und so mußte es zu einem Konflikt zwischen beiden kommen, der mit dem oben erwähnten Rücktritt *Bismarcks* von der Leitung des Ministeriums für Handel und Gewerbe seinen ersten äußeren Ausdruck fand.

Es folgten dann die bekannten Kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890, die eine neue Epoche der sozialen Gesetzgebung einleiteten. Im ersten Erlaß tritt der Kaiser ein für eine internationale Verständigung der am Weltmarkt beteiligten Länder in sozialpolitischen Fragen. Er beauftragte deshalb die deutschen Gesandten in Frankreich, England, Belgien und der Schweiz, amtlich anzufragen, ob die Regierungen dieser Länder bereit seien, mit Deutschland zwecks Verständigung über die Behandlung der Arbeiterfrage in Verbindung zu treten. Bei Zustimmung wird der Reichskanzler beauftragt, die Kabinette der zusagenden Regierungen zu einer Konferenz einzuladen. Der zweite Erlaß bekundet den Willen zum Ausbau der Sozialversicherung und des Arbeiterschutzes und bezeichnet es als Aufgabe der Staatsgewalt, Zeit, Dauer und Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Eittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben. Zur Prüfung all der aus dem Arbeitsverhältnis entspringenden Fragen wurde die Einberufung eines Staatsrates angekündigt, die auch bereits am 14. Februar 1890 erfolgte. Bei dessen Eröffnung betonte der Kaiser ausdrücklich: „Der den Arbeitern zu gewährenden Schutz gegen eine willkürliche und schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft, der Umfang der mit Rücksicht auf die Gebote der Menschlichkeit und der natürlichen Entwicklungsgesetze einschränkenden Kinderarbeit, die Berücksichtigung der für das Familienleben in sittlicher und wirtschaftlicher Hinsicht wichtigen Stellung der Frau im Haushalt der Arbeiter und andere damit zusammenhängende Verhältnisse des Arbeiterstandes sind einer verbesserten Regelung fähig.“ Zu diesem Staatsrat waren außer den 50 geborenen Mitgliedern, Prinzen, Ministern, Feldmarschällen usw., und den 71 Ernannten auch eine Reihe weiterer Personen berufen, so aus der Industrie die Bergwerksmagnaten *Fürst Pleß* und *Graf Douglas*, ferner *Freiherr von Stumm-Hallberg*, *Geheimrat Krupp (Essen)*, sein Direktor *Henke* und andere Industriepersonlichkeiten. Als Referenten wurden der damalige Oberbürgermeister *Miquel von Frankfurt a. M.*, der spätere Finanzminister, und der *Geheimrat Finanzrat Henke* bestimmt. Als Sachverständige hatte man auch mehrere Personen aus dem Handwerkerstande berufen, so einen Schlossermeister *Deppe*, einen Werkmeister *Spengler*, einen Bauinspektor *vor der Brügge*, und einen sozialdemokratischen Arbeiter, den *Puzer Buchholz*. Mit den Verhandlungen, die er persönlich leitete, war der Kaiser nicht zufrieden. Er hob dies auch am Schluß der Verhandlungen hervor, indem er betonte, daß es sich nicht um Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie handele, sondern um Ermittlung und, soweit tunlich, um Befriedigung berechtigter Wünsche und Ansprüche der Arbeiter. Das beweist auch deutlich, in welcher Richtung sich die Beratungen dieses Staatsrates unter Ausschluß der Arbeiterschaft verirrten hatten.

Vom 15. bis 28. März tagte dann in Berlin unter dem Vorsitz von *Berlepsch* die *Internationale Konferenz für Arbeiterschutz*, zu der alle Länder mit stärkerer industrieller Ausfuhr eingeladen waren. (Fortsetzung folgt.)

M. Föcher.

Gesucht

für größere Feilfabrik in Oesterreich

Betriebsleiter

In Betracht kommt mit rationeller Erzeugung erfahrene, energische, jüngere Kraft, die auch in Lohn- und Arbeiterfragen vollkommen bewandert ist. Ausführliche Angebote mit Lebenslauf, Gehaltsansprüchen und Lichtbild unter „Tüchtig 7121“ befördert Rudolf Mosso, Wien I, Seilerstätte 2.

Der Hammer

Jugendchrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 13

Duisburg, 23. Juni 1928

9. Jahrgang

Die kulturelle und nationale Aufgabe der christlichen Metallarbeiterjugend

Es mag gewagt erscheinen, im Zeitalter des Sports und den fast nur das Körperliche berücksichtigenden Bildungsbestrebungen von den oben genannten Aufgaben zu reden. Noch gewagter mag es sein, diese Aufgaben in erster Linie nur der christlichen Arbeiterjugend zuzuweisen. Gewiß, die Erfüllung dieser hohen Aufgaben sollte nicht nur Ziel der christlich gesinnten, sondern der gesamten Jugend sein. Leider steht aber die christliche Arbeiterjugend allein in diesem Ringen, da weite Kreise der Jugend, besonders der arbeitenden, abgehalten werden von der Verfolgung dieser hohen Ideen und mißbraucht werden zu radikal-politischer, jede Volksgemeinschaft verneinender Klassenpolitik.

Die Führer der christlich-nationalen Arbeiterschaft lehnen es ab, der Jugend ein Märchenland vorzaubern wie es in Wirklichkeit gar nicht ist und niemals sein wird, solange die Menschen halt Menschen sind. Wir wollen der Jugend die rauhe, ungeschminkte Wirklichkeit zeigen, aber auch die Wege, die geeignet sind, bessere Zustände zu schaffen.

„Bessere Zustände schaffen“, d. h. nicht die Hände in den Schoß legen und warten, bis es vielleicht von selbst einst besser wird, sondern tatkräftig, voller Glauben an den Erfolg, überzeugt und zielklar Hand ans Werk legen.

In erster Linie gilt es also für die Arbeiterjugend Aufgaben zu erfüllen auf kulturellem und damit auch sittlich-religiösem Gebiete. Die christliche Arbeiterjugend kämpft für eine christliche Kultur. Nicht etwa, weil sie einen christlichen Tauschein in der Tasche trägt — an derartigen Namenschriften ist kein Mangel —, sondern weil sie überzeugt ist, daß die Ideen des Christentums allein in der Lage sind, die Arbeiterschaft aus der Knechtschaft zu befreien, in die sie ein ungläubig-materialistischer Kapitalismus und Sozialismus brachte. Das Christentum sagt den Reichen und Eatten: „Was hülfte es dem Menschen, so er die ganze Welt gewänne und nehme Schaden an seiner Seele!“ Es predigt das Evangelium der Liebe und sagt, daß dem geringsten Gutes zu erweisen ist. Auf der anderen Seite aber steht der Kapitalismus und Sozialismus, verschieden im Aussehen, einig aber im Ziele, an Stelle der sozialen Liebe die materialistische Gewalt und die einseitige, auf Haß gegründete Klassenherrschaft zu setzen. Dieser neuheidnischen Kultur oder besser gesagt Unkultur gilt es, die hohe sittliche Kultur des Christentums entgegenzusetzen. Nicht zum erstenmal kämpft das Christentum diesen Kampf, in dem es wiederum Sieger bleiben wird, wenn unsere Taten mit dem, was wir wollen, reden und schreiben im Einklang stehen.

Wir können den Zustand im Leben der Völker nicht als wahre Kultur bezeichnen, der den Gewinn, die tote Maschine in den Mittelpunkt des Geschehens stellt und in der die Menschen mit unsterblichen Seelen, Gottes Ebenbilder, der Wirtschaft untergeordnet sind. Je intensiver die Wirtschaft bei der heutigen geistigen Einstellung des größten Teiles ihrer Träger auf Unternehmenseite arbeitet, desto mehr wird der Mensch zum Sklaven der Geldherrschaft. Sehen wir einige Auswirkungen der an und für sich gesunden und begrüßenswerten Rationalisierungsbestrebungen der Wirtschaft. Was sollte ihr Ziel sein? Nicht nur Verbilligung der Produktion, sondern ein neuer Sieg des schaffenden Menschen über die Maschine, eine wirtschaftliche und damit auch kulturelle und gesellschaftliche Hebung der Arbeiterschaft. Und was ist leider die Auswirkung? In vielen Fällen eine weitere Knechtung des Menschen

Arbeiter, eine weitere Höherbewertung der toten Maschine, der Materie vor dem Ebenbilde Gottes. Damit reden wir keiner Autoritätslosigkeit das Wort; wir wollen aber die Autorität des Geistes und nicht der toten Materie. Gerade diese ist der Inhalt der unchristlichen materialistischen Unkultur, die den Arbeiter erneut zum Sklaven macht. Wir wollen eine christliche Kultur, die uns lehrt, Vater und Mutter zu ehren, die Knie

beugen und die Hände falten zum Gebete zum ewigen Gott und nicht vor den Altären eines großen Werkes oder den radikalisierten Schreibern „linker“ Parteigruppen. Und dieses Christentum sagt aber auch uns Arbeitern, daß wir unseren Nächsten lieben und ihm helfen sollen. Ihm helfen, daß er die eigene Gleichgültigkeit, Mut- und Hoffnungslosigkeit ablegt, sich frei macht von Menschenfurcht, nach unten und oben und den Weg der gewerkschaftlichen Selbsthilfebestrebungen beschreitet. Wir müssen unseren Nächsten im Arbeiterstande helfen, den Weg finden zur christlichen Gewerkschaftsbewegung, damit er mit ihr und in ihr ringt, strebt und kämpft für die Aufwärtsbewegung seines Standes. Gottes Gebot verlangt von uns, daß wir uns die Erde untertan machen, daß alle Menschen teilhaben an ihren Gütern und Schätzen und nicht nur der Unternehmer und einige Wenige auf Grund eines Kulturstandes, der mit christlicher Ethik nichts zu tun hat.



A. Heumann f.

Wem Gott will rechte Gunst erweisen . . .

der Verätigung bei Spiel und Sport in seiner kaum mehr zu überschendenden Gestalt. Wir wollen nicht, daß die deutsche Jugend, vor allem aber die zu Besseren berufene Arbeiterjugend, erstickt wird in dem oft so häßlichen Kampf der Parteien, oder ihre ganze freie Zeit ausfüllt mit Spiel und Sport. Wir sind keine „Duckmäuser“, wollen auch die Arbeiterjugend nicht zu solchen erziehen. Unsere Jugend soll nicht abseits stehen. Wie aber stehen die Dinge heute? Besteht nicht die Gefahr, daß in diesen Fragen leicht Maß und Ziel verloren gehen? Steht nicht heute schon die Sportbewegung zu einem großen Teile im Dienste einseitiger partei- oder wirtschaftspolitischer Bestrebungen anstatt der wahren Volksgemeinschaft? Werden nicht Sport und Spiel wie vor 2000 Jahren im alten Rom benützt, um die Arbeiterjugend mit allen Mitteln abzuhalten von der so bitter notwendigen Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen? Will man es vielleicht als nationale Tat bezeichnen, dem Arbeiterjugend gönnerhaft beim großen Fußballmatch die Hand zu drücken und morgen dem Gewerkschaftsführer den von ihm für die Arbeiterjugend geforderten Urlaub zu verweigern? Bis heute war der ärmste Sohn immer noch der Getreueste des Vaterlandes, und so wird es auch bleiben. Aber diesem Vaterlande ihren Stempel aufzudrücken, das Mal der Volksgemeinschaft und nicht des Klassenhasses weder von oben noch von unten, dies ist die größte nationale Aufgabe der Arbeiterjugend.

Bezirksleiter O. Pick.

Merke dir!

Zuerst sind die Aufgaben, die uns als Mitglied, Vertrauensmann oder Angestellter der Bewegung gestellt werden, tief und ernst zu erkennen. Nämlich unsere Arbeiterschaft aus dem Tiefstand des sozialen Lebens herauszuführen, sie gleichberechtigt in Staat und Gesellschaft hineinzustellen, die Untugenden, an denen die proletarischen Kreise auch leiden, zu beseitigen und eine hohe ideale Auffassung vom Leben, besonders vom Familienleben, unserer Arbeiterschaft beizubringen versuchen. Diese Aufgaben sind zu erkennen und lieben zu lernen.

Und dann zweitens, wer den starken Willen hat, sich dieser Aufgabe zu widmen, muß mit dem Herzen dabei sein. Der Verstand ist sehr gut und nützlich und hilft über manches hinweg, aber ohne Herz gehts nicht, ohne Herz und die Liebe zu unseren Arbeitern und ihrem Schicksal.

Und endlich drittens, wer diese Aufgabe erkannt hat und liebt, der muß mit unbeirrter und eiserner Pflichttreue dienen. Arbeiterbewegung betreiben, ist nicht etwa, wie man ein Schützenfest oder eine sonstige Vereinsfeier betreibt. Sie ist etwas Heiliges und Hohes. Wer ihr dienen will, muß sich von tiefstem Pflichtgefühl leiten lassen.

Johannes Giesberts.

Jugendstimmen

Ueber: „Warum schloß ich mich dem Christlichen Metallarbeiterverbande an?“ schreibt Friedrich Pies, Holzen b. Bösperde:

Wir kennen zwei Arten von Weltanschauungen: die christliche und die freie. Beide ringen um die Seele des Arbeiters und der Arbeiterbewegung. Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist aufgebaut auf der christlichen Weltanschauung und dem christlichen Sittengesetz. Dieses stellt ein soziales Programm dar, wie es von keiner Macht der Erde aufgestellt und formuliert werden kann. Härte das christliche Sittengesetz, das aufgebaut ist auf den zehn Geboten Gottes, mehr Geltung in unserer Wirtschaft, so brauchten weniger Kämpfe um Arbeiterrechte geführt zu werden. In dem sittlich-sozialen Programm heißt es klar und deutlich: „7. Du sollst nicht stehlen.“ Gestohlen ist es auch, wenn die Kraft und Leistung ihrem Wert entsprechend nicht entlohnt wird. Den Christlichen Metallarbeiterverband kann man als den positiven und aufbauenden bezeichnen.

Bezirks-Jugendtagung im Christlichen Metallarbeiterverband

Jugend und Sonnenschein gehören zusammen. Dies Einsich hatte auch wohl der Himmel. Begünstigt vom herrlichsten Wetter und vom prachtvollsten Sonnenschein, fand am Sonntag, dem 3. Juni, im schönen Werden a. d. R., der Perle des Ruhrtales, die erste Jugendtagung für den 1. Bezirk des Christlichen Metallarbeiterverbandes statt. Es ist kennzeichnend für den guten Geist der christlichen Metallarbeiterjugend, daß weit mehr junge Menschen kamen, als man erwarten durfte. Mit etwa 200 Delegierten hatte man gerechnet, 300 Teilnehmer waren erschienen. Vom Bahnhof aus ging es in frischer Art unter Vorantritt einer Musikkapelle in geschlossenem Zug zum Tagungslokal auf dem Pastorsberg. Im Nu war der große Saal, trotzdem Stuhlreihen gestellt waren, bis zum letzten Platz besetzt. Dann wurde sofort mit der Arbeit begonnen. Der Bezirksleiter, Kollege Burgatz (Quisburg), eröffnete die Tagung; nach ihm sprach der Essener Jugendführer Nürbach als Prolog den packenden Jugendruf des Essener Arbeiterdichters Wieprecht: „Schaufel im Lande der Zukunft — Jugend, wach auf!“

Im Anschluß daran begrüßte der Bezirksleiter Kollege Burgatz die zahlreich Erschienenen, besonders die Essener Sängerschaft des Verbandes und ihren wackeren Dirigenten, Kollegen Hengstbeck. Das seien Metallarbeiter, auf deren Können und Erfolge wir stolz seien, sie seien aber auch Beweise für die Kraft die im Arbeiterstand lebe. Wir hätten gar keine Veranlassung, uns unteres Standes zu schämen und müßten darum in berechtigtem Arbeiterstolz den Kampf führen gegen alle Mächte, die unsern Stand in die Niederung der Verachtung drücken möchten. Das sei eine eminent praktische gewerkschaftliche Arbeit, an der sich besonders die Jugend beteiligen müsse. Ihren Werbegeist solle die Tagung zu neuer Blüte entfachen. Auch die Jugend im 1. Bezirk werde den Beweis erbringen, daß sie zu arbeiten verstehe für den Verband und damit für sich selbst.

Und nun erklangen vorgetragen von einer Schar der bestbekanntesten Essener Metallarbeiterjünger unter Leitung ihres Dirigenten, Kollegen Hengstbeck, Löhne des Heimatfriedens und der Heimatfreude: „Das ist der Tag des Herrn“ und „Es zog der Maienwind zu Tal“ im Ohr und Herz der Zuhörenden.

Damit war eine prachtvolle Stimmung geschaffen für den Vortrag des Jugendleiters Föcher (Quisburg), der eingangs die Grüße und Wünsche des alten Verbandsführers Wieber und der Hauptverwaltung übermittelte und dann in ehrenden Worten des verstorbenen Jugendleiters Mehr gedachte, zu dessen Gedanken sich die Versammlung von den Seiten erhob. Dann führte Kollege Föcher aus, daß das Leben der Gegenwart nach dem modernen Menschen mit tausend Armen greife, daß sich in unwertwörterlicher Vielgestaltigkeit alle möglichen Interessen in seinem Weg drängten und daß er damit auch in Gefahr sei, sich selber zu verlieren an Nüchternheiten und Oberflächlichkeiten. Diese Tatsache wicke

Der freie Verband hat eine starke negative Seite. Die sozialistische Idee will nicht sehen, daß eine dauernde Hebung und Volksbeglückung nur möglich ist aus sittlichen Motiven. Sie glaubt allein an die Kraft materieller Verhältnisse. Das Gute und Ideale, das noch in der sozialistischen Arbeiterschaft steckt, ist nicht das Erbe der sozialistischen Idee, sondern das ist der letzte Schatz aus dem Christentum. Denn nur die christlich-soziale Idee kann der Arbeiterschaft das bringen, wozum sie schon seit Jahrzehnten kämpft; nämlich die dauernde Gleichberechtigung und Gleichachtung. Eine solche Bewegung ist nur der Christliche Metallarbeiterverband der kämpft und ringt um das wahre Wohl der unteren Stände. Leider hat die Arbeiterschaft als starker und wichtiger Wirtschaftsfaktor die im Zusammenschluß liegende Stärke noch nicht genügend erkannt. Ein Arbeiter, der einigermaßen denkt, wird einsehen, daß nur der Christliche Metallarbeiterverband den wahren Aufstieg der Arbeiterschaft zu verfolgen und zu erreichen in der Lage ist.

Ueber dieselbe Frage schreibt Kollege Wilh. Wedder (Neheim):

„Schon von Jugend auf hatte ich für die christliche Gewerkschaftsbewegung ein besonderes Interesse. Wie hätte es auch anders sein können, stand doch mein Vater schon seit langen Jahren mit in den vordersten Reihen des Christlichen Metallarbeiterverbandes. Als ich dann im Jahre 1920 aus der Volksschule entlassen wurde, stand für mich der Wunsch fest, auch Metallarbeiter zu werden, und ich trat dann selbstverständlich in den christlichen Verband ein. In der Fabrik lernte ich auch bald die „Freien“ kennen. Oft wurde ich als „kleiner“ Christ von besonders tüchtigen Sozialisten angegriffen. Durch diese Angriffe gestärkt, arbeitete ich im stillen am weiteren Ausbreiten unseres Verbandes. Es gelang mir alsbald, Vertrauensmann zu werden, und stolz konnte ich eines Tages die ersten Aufnahmen zum Verbandsbüro bringen. Als dann nach der Rotation ein Rückgang der Gewerkschaften sich bemerkbar machte, hielt ich es für die größte Pflicht, die noch treugebliebenen Mitglieder auch weiter zu halten, hatte doch jetzt unser Verband wichtige Aufgaben zu erfüllen, unter anderem Stabilisierung der Löhne. Durch andauernden Besuch der Versammlungen und Unterrichtskurse lernte ich nach und nach die Aufgaben unseres Verbandes gründlich kennen. Ermutigt durch das andauernde Steigen der Mitgliederzahl, gründeten wir im Jahre 1925 eine eigene Jugendgruppe, welche trotz vieler Hemmnisse gute Fortschritte machte. So hoffe ich, daß ich durch meine Mitarbeit für die Entwicklung unseres Verbandes meinen Teil dazu beigetragen habe. Möge es uns vergönnt sein, bald die noch fernstehenden Kollegen für unsere Bewegung gewinnen zu können. Durch tatkräftiges Mitarbeiten aller christlich denkenden Arbeiter ist es nur möglich, den Aufstieg unseres Standes zu verwirklichen.“

sich auch gegenüber der Gewerkschaftsbewegung aus. Hunderttausende von Arbeitern ständen heute außerhalb der Gewerkschaften, hätten für tausend andere wichtige Dinge mehr Interesse als für ihre Standesarbeit. Sie können nur gewonnen werden, wenn wir sie von der großen Bedeutung der Gewerkschaften und von dem gewaltigen Wert ihrer Arbeit für den Arbeiterstand überzeugen.

Kollege Föcher zeichnete dann ein plastisches Bild über den dornenvollen Weg des Arbeiterstandes aus den Niederungen des Druckes und grenzenloser Not zur heutigen Lage. Trotzdem unsere deutsche Industrie sich glänzend entwickelt hat in so kurzer Zeit wie in keinem anderen Lande der Erde, gewaltige Produktionsziffern brachte, den Weltmarkt eroberte, Schätze von Volkvermögen aufhäufte, rede jedes Blatt der deutschen Wirtschaftsgeschichte von dem großen Glend der Arbeiterschaft, vom Eingepferchtsein der arbeitenden Menschen in die luft- und lichtlosen Hinterhäuser der Mietskasernen der Großstädte oder jener vielfach trostlosen Arbeiterneidungen der Werke, auf denen beständig der Rauch und der Gifthauch des benachbarten Betriebes lag. Der Arbeiter habe keine anderen Ansprüche befriedigen können, weil die Entlohnung so entsetzlich schlecht war. So habe der Lohn eines Vollarbeiters in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie 1820 30—40 Pfennig pro Tag betragen, in der Tabak- und Textilindustrie 15—30 Pfennig und im Riesengebiet 5—10 Pfennig pro Tag. Der Lohn wurde nur zu einem Drittel in bar, zu zwei Dritteln in Lebensmitteln ausbezahlt. Die Lebenshaltung war um 1825 teurer als 1913. Um 60 Pfund Getreide (Weizen, Roggen) kaufen zu können, mußte der Arbeiter 1825 den Lohn von 3,2 Arbeitstagen a 10 Stunden aufwenden; 1913 1,8 Arbeitstag a 10 Stunden. Im Eisen bei Krupp 1853 war 1,33 M hoher Lohn. Die Wirtschaftskrisen drückten mit ungeheurer Macht auf die Arbeiterschaft.

Krise von 1875—1883. Der Lohn eines Essener Vollarbeiters sank 1873 von 5 M auf 2,10 M im Jahre 1878. Die Essener Handelskammer berechnete damals Tagelohn auf höchstens 1,70—1,80 M.

Frauen- und Kinderarbeit sei in erschreckendem Umfange zu verzeichnen gewesen. So schimmte sei die Ausnutzung der arbeitenden Bevölkerung gewesen, daß 1828 Generalleutnant von Horn ein Kinderschutzgesetz verlangte, da die arbeitende Bevölkerung so degeneriert sei, daß die Rheinprovinz nicht mehr die erforderliche Soldatenzahl stellen könne. Erst 1839 sei das erste Kinderschutzgesetz erlassen worden, das die Arbeit der Kinder unter 9 Jahren verbot.

Im Anschluß an dieses trübe Bild schilderte der Redner dann die heutige Arbeiterlage, die tarifliche Gleichberechtigung und Lohnsicherung, den Gefahrenschutz, die ausgebaute Sozialversicherung, die bedeutendsten arbeitsrechtlichen Fortschritte, die gesellschaftliche Stellung des Arbeiters. Der Vergleich zeige einen gewaltigen Fortschritt, ein großes und bedeutungsvolles Ergebnis praktischer, gewerkschaftlicher Arbeit, auf das die Gewerkschaften stolz sein könnten.

Ein Appell, die Voraussetzungen weiterer Erfolge zu schaffen durch Werbearbeit und besonders jetzt mit Liebe und Begeisterung unter der Jugend zu werben, löste stürmischen, anhaltenden Beifall aus.

Unsere Werbearbeit muß ständig sein

Entfalte Werbekraft und Kampfgeist!

Aus unseren Jugendgruppen

Eltern- und Jugendabend der Jugendgruppe Neheim. Nachdem die Jugendgruppe Neheim unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes durch eifrige Werbearbeit die Voraussetzungen für die Errichtung eines Wimpels durch den Zentralvorstand erfüllt hatte, fand nach wochenlangen Vorbereitungen am Comabend, dem 12. Mai 1928, im Hotel Egen unser Eltern- und Jugendabend, verbunden mit Wimpelweihe, statt. Recht zahlreich hatten sich unsere Kollegen und deren Eltern im schön geschmückten Saale des Hotels eingefunden. Von Lorbeer und zartem Grün umrankt, prangte das Bild unseres verehrten Verbandsvorsitzenden: Kollegen Franz Wieber, welches ein Vorstandsmitglied unserer Ortsverwaltung, der Kollege Hermann Kleemann, gezeichnet hat. Zur Einleitung des Abends rezitierte unser junger Kollege Heinrich Schulze den „Aufruf“ von Christoph Wieperich: „Schauflet im Lande der Zukunft, wach auf!“ Sodann eröffnete der Gewerkschaftssekretär Kollege Klasmeyer den Festabend mit herzlichen Willkommengrüßen an die Erschienenen, besonders aber an den Vertreter der Volksschule, Herrn Rektor Schmidt, des Jugendpflegeausschusses Herrn Wohlfahrtsamtsleiter Siebenkotten, Vertreter der Presse und den Redner des Abends, Kollegen Prodöhl (Duisburg). Herzliche Worte der Begrüßung fand er auch für die Vertreter der Jugendgruppen Olsberg und Menden. Mit kurzen Worten wies Kollege Klasmeyer auf den Zweck der Veranstaltung und begründete die Notwendigkeit einer Jugendbewegung im Interesse der Aufwärtsentwicklung des Arbeiterstandes. Der Nachwuchs der Arbeiterschaft ist der Erbe und Träger der Zukunft. Tüchtige Männer, gute Staatsbürger braucht die neue Zeit, an deren Herbeiführung wir alle arbeiten. Es wechselten nun Musikvorträge des Neheimer Salonorchesters, Gesangvorträge des Gesangvereins „Froh Sinn“ der christlichen Gewerkschaften, sowie des Lautensängers Herrn Otto Geib (Neheim) ab und wurden von den Anwesenden mit reichem Beifall aufgenommen. Nachdem der Kollege Karl Glorius einen gut gelungenen Weiseprolog gesprochen hatte, nahm der Kollege Paul Prodöhl (Duisburg) das Wort zu seinem Vortrag.

Er übermittelte zunächst die Grüße und Glückwünsche des Hauptvorstandes und sprach dann in längerer Rede über „Sinn und Ziele der Jugendarbeit im Rahmen der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung“. Neben der Schaffung der materiellen Grundlage für den Aufstieg der Arbeiterschaft leistet der Christliche Metallarbeiterverband Kulturarbeit. Mit den Stichworten: ausreichender und gerechter Lohn, verkürzte, gesunde Arbeitszeit und Anspruch auf bezahlte Urlaubszeit charakterisierte der Redner die Hauptforderungen unserer Jugendbewegung. Alle Arbeit in den christlichen Gewerkschaften beruhe auf dem Fundament des Christentums, auf Christus, der die Arbeit aus Sklavenbanden erlöste und sie adelte als sittliche Aufgabe des Menschen. Zum Schluß zeigte der Redner den Weg zur kraftvollen, harmonischen Persönlichkeit. — Im Angesichte des Bildes unseres Verbandsvorsitzenden Franz Wieber nahm Kollege Prodöhl nunmehr die Weihe des Jugendwimpels vor. Er enthüllte den Wimpel, der auf blauem Grunde das bekannte Neheimer Stadtwappen zeigt und auf der weißen Seite den kraftvollen Schmied mit dem Hammer. Viel Sinniges wußte der Redner zu Bild, Farben, Wappen und Namen zu sagen. Er überaß dem Leiter unserer Jugendgruppe, dem Kollegen Wilhelm Vedder jr., den Wimpel mit dem Appell zur Treue und Hingabe an die Bewegung. Kollege Vedder nahm den Wimpel mit herzlichen Dankesworten entgegen und gelobte namens der Jugendgruppe, das Werk Franz Wiebers weiterzuführen. Die Vertreter der Jugendgruppe Olsberg und Menden sprachen der Jugendgruppe Neheim ihre herzlichsten Glückwünsche aus. Nach weiteren Musik- und Gesangvorträgen wurde der Werbearabend mit herzlichen Dankesworten, besonders auch an die Mitwirkenden und einem warmen Appell zur Mitarbeit in der Bewegung vom Kollegen Klasmeyer geschlossen.



Schäfer

Willkommen, o seliger Abend

Willkommen, o seliger Abend. Tüchtige Männer, gute Staatsbürger braucht die neue Zeit, an deren Herbeiführung wir alle arbeiten. Es wechselten nun Musikvorträge des Neheimer Salonorchesters, Gesangvorträge des Gesangvereins „Froh Sinn“ der christlichen Gewerkschaften, sowie des Lautensängers Herrn Otto Geib (Neheim) ab und wurden von den Anwesenden mit reichem Beifall aufgenommen. Nachdem der Kollege Karl Glorius einen gut gelungenen Weiseprolog gesprochen hatte, nahm der Kollege Paul Prodöhl (Duisburg) das Wort zu seinem Vortrag.

Er übermittelte zunächst die Grüße und Glückwünsche des Hauptvorstandes und sprach dann in längerer Rede über „Sinn und Ziele der Jugendarbeit im Rahmen der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung“. Neben der Schaffung der materiellen Grundlage für den Aufstieg der Arbeiterschaft leistet der Christliche Metallarbeiterverband Kulturarbeit. Mit den Stichworten: ausreichender und gerechter Lohn, verkürzte, gesunde Arbeitszeit und Anspruch auf bezahlte Urlaubszeit charakterisierte der Redner die Hauptforderungen unserer Jugendbewegung. Alle Arbeit in den christlichen Gewerkschaften beruhe auf dem Fundament des Christentums, auf Christus, der die Arbeit aus Sklavenbanden erlöste und sie adelte als sittliche Aufgabe des Menschen. Zum Schluß zeigte der Redner den Weg zur kraftvollen, harmonischen Persönlichkeit. — Im Angesichte des Bildes unseres Verbandsvorsitzenden Franz Wieber nahm Kollege Prodöhl nunmehr die Weihe des Jugendwimpels vor. Er enthüllte den Wimpel, der auf blauem Grunde das bekannte Neheimer Stadtwappen zeigt und auf der weißen Seite den kraftvollen Schmied mit dem Hammer. Viel Sinniges wußte der Redner zu Bild, Farben, Wappen und Namen zu sagen. Er überaß dem Leiter unserer Jugendgruppe, dem Kollegen Wilhelm Vedder jr., den Wimpel mit dem Appell zur Treue und Hingabe an die Bewegung. Kollege Vedder nahm den Wimpel mit herzlichen Dankesworten entgegen und gelobte namens der Jugendgruppe, das Werk Franz Wiebers weiterzuführen. Die Vertreter der Jugendgruppe Olsberg und Menden sprachen der Jugendgruppe Neheim ihre herzlichsten Glückwünsche aus. Nach weiteren Musik- und Gesangvorträgen wurde der Werbearabend mit herzlichen Dankesworten, besonders auch an die Mitwirkenden und einem warmen Appell zur Mitarbeit in der Bewegung vom Kollegen Klasmeyer geschlossen.

Im Angesichte des Bildes unseres Verbandsvorsitzenden Franz Wieber nahm Kollege Prodöhl nunmehr die Weihe des Jugendwimpels vor. Er enthüllte den Wimpel, der auf blauem Grunde das bekannte Neheimer Stadtwappen zeigt und auf der weißen Seite den kraftvollen Schmied mit dem Hammer. Viel Sinniges wußte der Redner zu Bild, Farben, Wappen und Namen zu sagen. Er überaß dem Leiter unserer Jugendgruppe, dem Kollegen Wilhelm Vedder jr., den Wimpel mit dem Appell zur Treue und Hingabe an die Bewegung. Kollege Vedder nahm den Wimpel mit herzlichen Dankesworten entgegen und gelobte namens der Jugendgruppe, das Werk Franz Wiebers weiterzuführen. Die Vertreter der Jugendgruppe Olsberg und Menden sprachen der Jugendgruppe Neheim ihre herzlichsten Glückwünsche aus. Nach weiteren Musik- und Gesangvorträgen wurde der Werbearabend mit herzlichen Dankesworten, besonders auch an die Mitwirkenden und einem warmen Appell zur Mitarbeit in der Bewegung vom Kollegen Klasmeyer geschlossen.

Wilhelm Vedder jr.

Beckum. Die Jugendgruppe des hiesigen Christlichen Metallarbeiterverbandes hielt am Freitag, dem 25. Mai, ihre diesjährige Generalversammlung im Lokale Hagedorn-Jürgens ab. Jugendführer Kollege Drees eröffnete und leitete die Versammlung, die von Jugendlichen und Vertrauensleuten gut besucht war. Kollege Drees gab nun zunächst einen kurzen Rückblick auf das verfllossene Jahr dem wir kurz folgendes entnehmen: Das Jahr 1927 war das Gründungsjahr unserer Jugendabteilung. Mit wenigen Mitgliedern schritt man zur Gründung der Abteilung. Diese wenigen haben aber wahre Pionierarbeit geleistet in der

kurzen Zeitspanne, so daß die Jugendabteilung schon 80 bis 90 Prozent der Beckumer Industrielehrlinge in ihren Listen führt. Ein schöner Wimpel ist uns von der Zentrale gestiftet worden. Dies sind wahrlich schöne Erfolge unserer noch so jungen Gruppe. Kollege Drees gab dann die Tagesordnung bekannt, die folgende Punkte umfaßte: 1. Vorstandswahl; 2. Jugentagung in Iserlohn; 3. Verschiedenes. Dem alten Vorstand sprach Kollege Drees seinen Dank für die bisherige segensreiche Tätigkeit aus. Ein Beweis seiner guten Arbeit ist die gesamte Wiederwahl des alten Vorstandes. Aus der Wahl gingen nachstehende Kollegen hervor: 1. Vorsitzender Kollege Görge; 2. Vorsitzender Clemens Westbomke; 1. Schriftführer Franz Koll; 2. Schriftführer Willi Ortlieb. Punkt 2: Jugentagung in Iserlohn. Als Delegierter wurde Kollege Franz Koll gewählt. Die Jugendabteilung wird an diesem Tage einen Ausflug mit demselben Reiseziel machen. Punkt 3: Verschiedenes. Gewerkschaftssekretär Kollege Küber aus Ahlen stellte eine Reihe von Büchern und Broschüren zur Verfügung, die kostenlos zur Verteilung kamen. Hieran schloß sich eine rege Diskussion über organisatorische Fragen. Die Mängel in den einzelnen Betrieben wurden erörtert. Hierbei sahen wir, wie notwendig der noch engere Zusammenschluß im Christlichen Metallarbeiterverband ist. Mit der Mahnung, sich intensiv an der Werbearbeit des Verbandes zu beteiligen und nicht eher zu ruhen, bis der letzte Metallarbeiter in unseren Reihen organisiert ist, schloß Kollege Drees um 21,30 Uhr die Versammlung.

an diesem Tage einen Ausflug mit demselben Reiseziel machen. Punkt 3: Verschiedenes. Gewerkschaftssekretär Kollege Küber aus Ahlen stellte eine Reihe von Büchern und Broschüren zur Verfügung, die kostenlos zur Verteilung kamen. Hieran schloß sich eine rege Diskussion über organisatorische Fragen. Die Mängel in den einzelnen Betrieben wurden erörtert. Hierbei sahen wir, wie notwendig der noch engere Zusammenschluß im Christlichen Metallarbeiterverband ist. Mit der Mahnung, sich intensiv an der Werbearbeit des Verbandes zu beteiligen und nicht eher zu ruhen, bis der letzte Metallarbeiter in unseren Reihen organisiert ist, schloß Kollege Drees um 21,30 Uhr die Versammlung.

Franz Koll.

Sinnentrop. Mitte Mai war hier ein Jugendtreffen der christlichen Metallarbeiterjugend der Verwaltungsstelle Grevenbrück. Gewerkschafts-

stelle Grevenbrück. Gewerkschaftssekretär Kollege Wehner wies auf die Wichtigkeit der Tagung hin und dankte für das zahlreiche Erscheinen der Kollegen.

Nach einem gemeinschaftlichen Liede sprach Kollege Kropp (Lüdenscheid) über „Christentum und Arbeiterschaft“. Redner schilderte auch die Bildungs- und Jugendarbeit in den Jugendgruppen unseres Verbandes. Es gilt lebensstarke, christliche Jungmetallarbeiter heranzuziehen, die Standesbewußtsein besitzen und mit rechter Ueberzeugung das von den Alten in heißen Kämpfen Erworbene schätzen und in die Zukunft tragen. Ein Hauptziel sei: geistige und sittliche Höherführung der christlichen Metallarbeiterjugend. Die anregenden Ausführungen wurden mit Spannung hingenommen und fanden reichen Beifall.

Als dann wurde eine Jugendgruppe gegründet. In den Vorstand wurden einstimmig gewählt: Vorsitzender: Joseph Schulte, Meggen; Schriftführer: Peter Horn, Langenei; Gruppenführer: Hesse, Maumke; Joh. Schmidts, Elpe; Emil Braun, Altenhundem. Es wurde beschlossen, in jeder Ortsgruppe Lese- und Bildungsabende einzuführen. Sechswöchentlich soll ein gemeinsames Treffen sein. Als erstes Treffen ist im Juni eine Besichtigung des Lennekraftwerkes Siesel bei Plettenberg beabsichtigt.

Kollege Wehner sprach dann noch eingehend über das Wollen und Wirken unserer Führer F. Wieber und Stegerwald. Möge recht viel in den Gruppen und in der Werbearbeit geleistet werden zum Wohle unserer christlichen Metallarbeiterjugend!

Offenbach a. M. Die Jugendgruppe unternahm im Mai eine Wanderung nach dem Engelsberg. Morgens gegen 8 Uhr ging der Zug nach Aischaffenburg, woselbst ein vierständiger Aufenthalt war. Wir marschierten in den nahen Wald, um dort unsere Wimpelweihe vorzunehmen. In der herrlichen Natur erariff Gewerkschaftssekretär B. Zang das Wort zur Wimpelweihe. Er drückte in seiner Rede den Wunsch aus daß der Wimpel der Jugendgruppe, der Arbeit und dem Aufstiege immer voranwehen möge. Danach sang ein kleiner Chor ein passendes Lied. Jugendobmann Anton Ifer dankte dem Spender des Wimpels, der sich unter den Teilnehmern befand und forderte die Jugend auf, sich immer treu am das Banner zu icharen und die Jugendwerbetätigkeit und -arbeit zu stärken. Mit einem dreifachen Hoch auf den Christlichen Metallarbeiterverband und seine Führer ging es zurück nach Aischaffenburg und von da mit der Bahn nach Miltenberg. Nach Besichtigung des alten Städtchens marschierten wir unter dem Klang der Zupfinstrumente nach Groß-Heubach, um mit der Mainfähre nach dem Engelsberg überzusetzen. Nachdem wir in Kirche und Kloster Umschau gehalten, machten wir verschiedene Lichtbildaufnahmen zur Erinnerung. Die herrliche Aussicht über den Epselart und Odenwald vertiefte in uns allen die Heimatliebe. Im Sinne unserer Jugendbewegung wollen wir nach Kräften weiterarbeiten, damit sich solch schöne unvergeßliche Stunden öfter wiederholen. Nun galt es an den Heimweg zu denken. Die Eisenbahn brachte uns wohlbehalten und glücklich nach Offenbach.

Norbert Heep.

Wir leben in einer Zeit, die weit mehr Sinn für Unnatur als für Natur hat, in der die Fähigkeit, sich einzufügen, Charakter genannt wird und die Abgeschliffenheit Jugend. Aber soviel ihr immer diejenigen schmäht und verurteilt, die unbekümmert nach ihrer Art leben, so wenig werdet ihr unter denen noch glücklich sein können, die nach aller Art leben. **Waldemar Bonsels.**

Kein schöner Land

Durch ganz Deutschland



Da haben wir so manche frohe Stund' gesehn, da in froher Rund, und taten singen: die Lieder klingen im Eichengrund, und taten singen, die Lieder klingen im Eichengrund.

Daß wir uns hier in diesem Tal noch treffen so viel hundertmal, Gott mag es schenken, Gott mag es lenken, er hat die Gnad'; Gott mag es schenken Gott mag es lenken, er hat die Gnad'.

Jetzt Brüder, eine gute Nacht, der Herr im hohen Himmel wacht; in seiner Güte uns zu behüten, ist er bedacht; in seiner Güte uns zu behüten ist er bedacht.

Auflösung zu Nummer 12.

S	A	G	E
A	R	O	N
G	O	L	D
E	N	D	E

1. Getränk, 2. Mädchenname, 3. Fluß in Bayern, 4. Römischer Kaiser. Die Buchstaben sind so zu ordnen, daß die waagrechten und senkrechten Reihen dasselbe Resultat ergeben.

Quadraträtsel.

A	E	E	E
E	I	I	L
N	N	O	R
O	S	S	W

Für die Werkstatt

Anlassen des Stahles. Stahlstücke und Werkzeuge, z. B. Gewinde- und Spiralbohrer, Fräser, Reibahlen, die nach dem Härten nicht gleich angelassen werden, bringt man nach erfolgtem Härten in heißes Wasser oder in heißen Sand; dadurch werden Härterisse vermieden. Das darauffolgende Anlassen erfolgt dann bei kleineren Stücken über einem glimmenden Holzkohlenfeuer, auf erhitztem Sande, über glühendem Eisen; bei großen Werkzeugen in heißen Öfen, geschmolzenen Metallen, erhitzten Salzbadern usw. Es wird meistens bei der Massenfabrikation angewendet.

Je langsamer das Anlassen erfolgt, um so gleichmäßiger verteilt sich die Wärme und um so größer wird die Zähigkeit des Stahles.

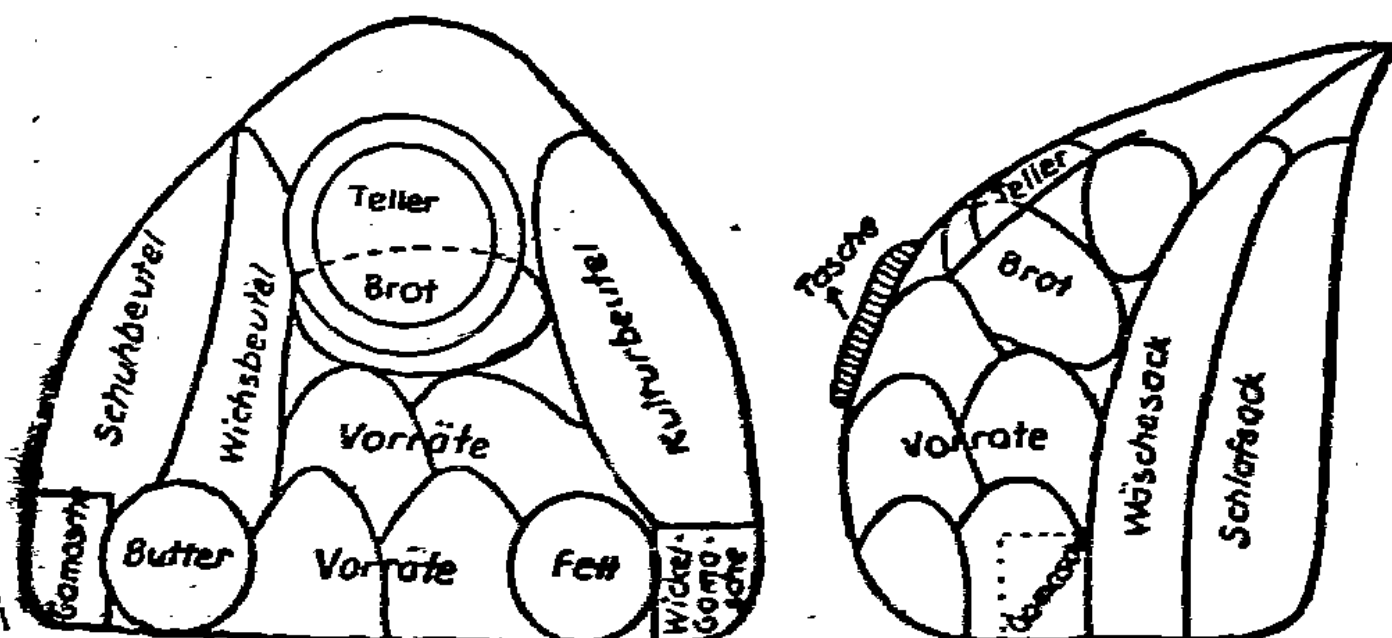
Schweißnähte braucht man nicht anzulassen.

Federn werden manchmal durch Abbrennen mit Öl angelassen. Die gehärtete Feder wird zu diesem Zwecke mit Öl bestrichen und so hoch erwärmt daß das Öl verbrennt. Bei der Massenfabrikation jedoch erfolgt das Anlassen gleichmäßiger und billiger in Muffeln.

Hat sich der Stahl verzogen, so muß er gleich nach dem Anlassen gerichtet werden, weil dann noch die genügende Wärme und Geschmeidigkeit in ihm vorhanden ist. Das Richten dünnen Stahles erfolgt durch Pressen zwischen eisernen Platten die durch Schrauben aneinandergepreßt werden. Flache Gegenstände, die leicht windstief werden, richtet man, indem man sie mit dem einen Ende in einen Schraubstock spannt und am andern Ende mit der Richtklaue langsam gerade dreht.

*) Eine gute Salzmischung für Härtezwecke ergibt die Verwendung von Ehlorkalium und Ehlorbarium. Man benutze bei ungefähr 800° C reines Ehlorkalium, 900—950° C 2 Drittel Ehlorkalium, 1 Drittel Ehlorbarium, 1000—1050° C 2 Drittel Ehlorbarium, 1 Drittel Ehlorkalium, 1100—1200° C reines Ehlorbarium.

Wie packe ich einen Rucksack?



Briefkasten

Kurt B., Nürnberg. Dein Brief erfreute mein Herz. Hoffentlich bist Du mit dem Material, das Dir Kollege Prodöhl übermittelte, zufrieden. Ich wünsche Dir, Deinen Kollegen und dem Schirmerbund alles Gute, Gottes Segen und reichen Erfolg! — Bernh. S., Arthur K. und Kollege J. und Frau in Frankfurt. Für die herzlichsten Pfingstgrüße vielen Dank. — U. Sch. in Stuttgart; Jugendgruppe Stolberg; Karl K. aus Köln; Deuz; Peter B. aus Untermainbach. Eure Pfingstgrüße bezeugten mir Eure Treue. Ich drücke Euch die Hand und wünsche das Doppelte von dem, was Ihr mir gewünscht habt. — Jugendgruppe Hamm auf der Rheintour in Bingerbrück. Das war wieder einmal ein Gruß, der das Herz lachen machte. Ihr habt noch Unternehmungsgeist und Mut, dabei aber auch einen frohen Humor. Die armen 24 Mann, die da 76 Blasen an den Füßen hatten, hätte ich sehen mögen. Nur gut, daß mir der Anblick verschont blieb; ich hätte sonst mit dem Kopf geschüttelt, daß mir die Ohren an die Backen geklatscht hätten. Handschlag und Gruß. — Willi Kr., z. Bt. Schönstatt. Solche Tage, „herrlich und wunderbar, dabei Geist und Seele erfrischend“, werden in Deiner Erinnerung als ein Erlebnis fortleben. Hoffentlich hast Du auch dort neuen Lebensmut, mannhafte Gottvertrauen und neue Liebe zum Dienst an Deinen Mitmenschen gefunden. — Nürnberger Kollegen in der Oberpfalz. Ich wollte, ich hätte mit dabei sein können, denn die schöne Pfalz ist doch zu prächtig. Ich freue mich immer, wenn meine Jungmannen auch einmal den Staub von ihren Füßen schütteln und zusehen, wie es beim Nachbarn aussieht. — Peter K. in D. Was soll ich da sagen? Ob man einem Kamel das Schlittschuhlaufen beibringen kann, magst Du selbst entscheiden. Es ist mir weiter bekannt, daß es Leute geben soll, die sich in ihrer Beschränktheit und Dummigkeit an einem Briefkasten den Verstandskasten verrenken haben und die nun jedem Briefkasten in großem Umweg aus dem Wege gehen. Ich kann es nicht ändern. Karl Zimmermann sagt: „Wer Jugend schilt und Jugend scheucht, einsam durch mürr'ches Alter freucht.“ — „Nikolin“, Dillingen (Saar). Die Beantwortung Deiner Fragen ist sehr schwer. Firmen kann ich auch schlecht in Briefkasten empfehlen. Wegen der elektrischen Apparate frage an bei „Phonoe“, Physikalische Werkstätten in Göttingen. Optische Gläser fertigt an: Zeiss in Jena und Leitz in Wezlar. Scheinverfesspiegel fertigt Befort in Wezlar, Braunsfelderstraße. Die Widerstände errechnen sich nach dem Ohmschen Gesetz: 1 Volt geteilt durch 1 Ampere ist 1 Ohm. Im Rahmen des Briefkastens kann ich diese Frage unmöglich erschöpfend beantworten. Denn da ist allerlei zu berücksichtigen. Ich könnte Dir ein gutes Lehrbuch leihweise zur Verfügung stellen. Ich schreibe Dir einen Brief.

Herzlichen Gruß

Meister Hämmerlein, Duisburg, Stapeltor 17.

Verantwortlich für den Hammer: I. V.: P. Prodöhl.

Bekanntmachung

Samstag, den 24. Juni, ist der 26. Wochenbeitrag fällig.

Inhaltsverzeichnis

Der Deutsche Metallarbeiter. Hauptteil:

Um neue Wirtschaftsformen und Wirtschaftsdemokratie (G. W.), S. 386. Ein Kapitel zum Arbeiteraufstieg (G. W.), S. 385. Vorwärts in der Jugend-Verbeaktion (Pro.), S. 388. Ein amerikanisch-englisches Rohstahlkartell (Schroder), S. 388. Heerschau des 2. Bezirks unseres Verbandes in Bonn (Schümmer-Köln), S. 389. Betriebsräte-Kursus in Kochel [Bayern] (Konrad), S. 390.

Unterhaltung:

Der Bauernkönig, S. 391.

Aus den Betrieben:

Adam Jerwan †; Was geht im Klempnergewerbe vor sich?; Professor Dr. Döwifat, S. 392.

Arbeitsrecht — Sozialversicherung:

Die rechtliche Regelung des Arbeitsverhältnisses (Herschel), S. 393. Arbeitskonflikte und Schlichtungsverfahren (Arthur L.), S. 394. Die Explosionsgefahren der Lackieröfen und ihre Verhütung (Max Fichtl), S. 395. Die Entwicklung des gesetzlichen Arbeiterschutzes (M. Föcher), S. 396.

Der Hammer:

Die kulturelle und nationale Aufgabe der christlichen Metallarbeiterjugend, S. 397. Merke dir!; Jugendstimmen; Bezirks-Jugendtagung im Christlichen Metallarbeiterverband, S. 398. Aus unseren Jugendgruppen, S. 399. Kein schöner Land; Auflösung zu Nr. 12; Quadraträtsel; Für die Werkstatt; Wie packe ich einen Rucksack?; Briefkasten, S. 400.

Bekanntmachung:

Seite 400.

Schriftleitung: Georg Wieber. — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapeltor 17. Druck: Echo-Verlag und -Druckerei, e. G. m. b. H. Duisburg.